

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 4., und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 31.

Freitag, den 6. Februar 1914.

21. Jahrg.

Hierzu 2 Beilagen und „Die Neue Welt“

Ein Säkulum der Freiheit.

Unserm Chemnitzer Bruderblatt wird aus Christiania geschrieben:

Vor hundert Jahren, wo auf dem Wiener Kongreß Länder und Völker ganz nach dem Gutdünken einiger Gewalthaber wie Hammelherden verteilt wurden, machte sich hoch oben im Norden Europas das kleine norwegische Volk frei und selbständig, gab sich eine freie Verfassung und pflegte die tiefen Gedanken, die von der großen französischen Revolution ausgingen. Norwegen gehörte bis zum Jahre 1814 zu Dänemark und war 300 Jahre lang mit diesem Staate verbunden; da aber der dänische König bis zuletzt sein Bündnis mit Napoleon I. hielt, zog nach der sogenannten Völkerschlacht bei Leipzig der frühere napoleonische General Bernadotte und spätere Kronprinz von Schweden im Auftrage der Verbündeten nach Schleswig-Holstein, um mit Dänemark Krieg zu führen. Für seinen Verrat an Napoleon hatte man dem Bernadotte Norwegen versprochen, England, Preußen und Rußland veranlaßten ihn zu diesem Verrat. Dänemark war bankrott, konnte also an Widerstand nicht denken, und so schloß es am 14. Januar mit England und Schweden Frieden, Norwegen an Schweden, Helgoland an England abtretend.

Die Norweger, die aber nicht das Handelsobjekt eines Friedensvertrages zwischen Dänemark und Schweden sein wollten, erkannten die Abmachungen nicht an. Sie waren schon lange nicht mehr mit dem absoluten dänischen Regime zufrieden, jedoch unter die Herrschaft Schwedens wollten sie erst recht nicht. Am 16. Februar 1814 rief der Statthalter von Norwegen, ein dänischer Prinz, die Notabeln zusammen, die den Friedensvertrag verwarfen, den Prinzen als vorläufigen Regenten und die Selbständigkeit Norwegens erklärten. Bald danach wurde eine aus mittelbaren Wahlen hervorgegangene Reichsversammlung einberufen, die in der Zeit vom 10. April bis 17. Mai 1814 eine demokratisch-monarchische Verfassung schuf. Der dänische Prinz wurde als König ausgerufen und damit war Norwegen ein selbständiger Staat. Schweden erklärte nun den Krieg, die norwegischen Truppen schlugen sich tapfer, aber ihr neuer König war ein Feigling. Und als der schwedische König Norwegens Selbständigkeit und Verfassung anerkannte, Norwegen also nur eine Personalunion mit Schweden eingehen sollte, dankte das Storting den eigenen König ab und erkannte den Schwedenkönig als König von Norwegen an.

Obwohl die Nationalversammlung aus mittelbaren Wahlen hervorgegangen war, stand sie dennoch mit den Forderungen des Volkes in engem Kontakt. In der Verfassung wurde festgelegt, daß das norwegische Volk sein eigener Souverän sei und das alleinige Recht habe, seine Konstitution zu bestimmen. Dies ist mit den Worten ausgedrückt: „Die Souveränität liegt beim Volke; kein Teil desselben kann die Macht des ganzen Volkes ausüben. Alle Macht hat ihren Ursprung im Volke und es kann nicht durch andere Gesetze verpflichtet werden, als die, welche es sich durch seine freigewählten Repräsentanten selbst gegeben hat.“

Diese lapidaren Bestimmungen der Verfassung bestehen heute noch zu Recht, trotzdem die Vereinigung mit Schweden die junge norwegische Freiheit damals hart auf die Probe stellte. Denn es dauerte nicht lange, kam die Reaktion. Die schwedischen Könige versuchten oftmals die freie Verfassung zu vernichten, die besten Männer des Landes fielen der Reaktion zum Opfer, und an Stelle des früheren dänischen Adels setzte sich eine schwedische Beamten-Aristokratie. Aber trotz aller Schikanen und Widerwärtigkeiten behauptete das norwegische Volk seine freiheitlichen Rechte, die ihm in der nun hundertjährigen Verfassung garantiert sind. Und vor neun Jahren trennte sich Norwegen vollständig von Schweden.

Daß Norwegen heute eine Monarchie ist, daran hat das Volk keine Schuld. Als die Losrennung von Schweden im Jahre 1815 erfolgte, wollte das Volk mehr als gerne die republikanische Staatsform einführen, aber der „Wunsch“ Deutschlands, Rußlands und Englands, die eine Republik im Norden „nicht gerne sahen“, übte einen Druck bei der Volksabstimmung aus, und die Mehrzahl erklärte sich, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, für die Monarchie. Infolgedessen ist die monarchische Staatsform beim Norweger nicht beliebt, der König ist ihm genau so gleichgültig wie irgend ein anderer fremder Mensch.

Und deshalb ist ihm durch die geänderte Verfassung jede ausübende Macht genommen. Er ist der Repräsentant des Landes nach außen hin; damit ist seine königliche Wirksamkeit erschöpft. Noch im letzten Jahre erhob ihn das Storting der Mühe, die von diesem an-

genommenen Gesetzesvorlagen zu unterschreiben; sie erhalten Rechtskraft, sobald sie vom Stortingpräsidenten unter- und vom Minister gegengezeichnet sind, entsprechend dem Satze in der Verfassung: „im Stortingssaale vereinigt sich alle Macht des Landes“. Auch Orden hat er nicht mehr auszuteilen, denn sie sind abgeschafft; nicht in seinem Namen, sondern auf Grund der Verfassung fällt der Richter sein Urteil. Er ist nicht König von Gottes Gnaden, sondern durch den Stimmzettel des Volkes; im Grunde ist er weiter nichts als ein erblicher Präsident. Einen solchen König kann sich ja ein Volk zur Not gefallen lassen, besonders wenn er ihm aufgebrängt wird und das Volk ihn als das kleinere Uebel akzeptiert.

In dem gleichen Maße, wie die Macht des Königs gesunken, ist die des Parlaments natürlich gestiegen, und damit natürlich auch die politischen Rechte des Volkes. In dieser Beziehung bleibt nicht viel mehr zu wünschen übrig. In modernem Verstand ist das Storting das älteste Parlament Europas und im großen und ganzen hat es mit Ehre die Traditionen der freiheitlichen Bewegung des Volkes zur Entfaltung eines vollständig durchgeführten parlamentarischen Regiments hochgehalten. Daß dieses Regiment noch nicht so demokratisch ist, wie es sein sollte, und noch viel weniger sozialdemokratisch, hat andere Ursachen, als die Konstitution, worauf es basiert. Die Trennung Norwegens von Dänemark vor hundert Jahren war das Signal zu einer nationalen und politischen Aufgangsperiode. Die volle Durchführung der Prinzipien der Freiheit ist jedoch der jüngsten Partei, der Sozialdemokratie vorbehalten. Die norwegische Verfassung in ihrer freiheitlichen Gestalt kammt aus einer Zeit, wo man an das kapitalistische Zeitalter noch nicht dachte, das neue Mißstände und Mißverhältnisse geschaffen hat. Aber unter politisch freien Verhältnissen steht ein Land der Erreichung dessen näher, was das Ziel der Freiheit ist, nicht bloß politische, sondern auch gleichzeitig ökonomische Selbstverwaltung, — soziale Gerechtigkeit!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Reichstag über das Vereinsrecht.

Die Debatte über die Handhabung des Vereinsgesetzes hat noch den ganzen gestrigen Sitzungstag ausgefüllt. Die Abstimmung über die einzelnen Resolutionen und Anträge, die dazu eingebracht sind, wird heute erfolgen. Auch dieser zweite Tag hat den Eindruck von der Schikanen und willkürlichen Ausführung der gesetzlichen Bestimmungen verstärkt, und mit neuer Gewalt den Schluß erzwungen, daß eine Änderung des Gesetzes selbst die Garantie gegen solche Willkür schaffen muß. Selbst diejenigen, die leinerzeit an der Schaffung des Vereinsgesetzes mitgearbeitet haben, müssen das Unrecht einer künstlichen Interpretation einsehen und zugeben, wenn sie nicht gerade zur äußersten Rechten gehören, der solche Praxis natürlich höchst angenehm ist. Der nationalliberale Dr. Junk hat z. B. das Eingeständnis gemacht, daß die Handhabung des Gesetzes Ruhe und Würde vermissen läßt, aber er fühlt sich doch zu solidarisch mit seinem einstigen Werk, als daß er die eigentlich selbstverständliche Konsequenz einer Umgestaltung zu ziehen wagte. Er jowohl wie der Fortschrittler Müller-Meinungen, der nach ihm zu Wort kam, wandten sich gegen das Verbot des Berliner Schutzmannvereins, fanden aber die Einreihung der Gewerkschaften in die politischen Organisationen gerechtfertigt. Herr Dr. Müller-Meinungen führte im übrigen gegen die Praxis der Verwaltungsbehörden namentlich bei der Auslegung des Sprachenparagraphen zahlreiches Material an, und er scheint auch einzusehen, daß das Gesetz einer Änderung bedarf. Nach dem Elsäßer Delfor zählte der Däne Hansen interessante Beispiele aus den Erfahrungen seiner Heimat auf. Als er dabei mit einer wohlbegründeten Schärfe das Verhalten der dortigen Verwaltungsorgane kennzeichnete, regte sich eine etwas merkwürdige Entrüstung unter den Herren auf der Bundesratsstraße.

Gegenüber den Darlegungen der Regierung, die am Tage vorher gegeben worden waren, und gegenüber den Rednern aus dem Hause entwickelte Genosse Landsberg die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion. In sehr geschickter Polemik führte er unter großer Aufmerksamkeit des Hauses einige der ewigen Scharmacher ab, denen es nie schaff genügt. Er zeigte in einer Argumentation von schlagender Kraft, wie sehr der Rechtszustand selbst in Preußen durch das Vereinsgesetz von 1908 verschlechtert worden ist, und er zeigte auch namentlich, wie sittlich und politisch verwerflich die Unterdrückung der Muttersprache einer Minderheit ist. Auch er hatte ganz besonders, was die Behandlung der Sugendlichen angeht, eine Fülle interessanten

Materials aus der Rechtsprechung und aus den Praktiken der Polizeibehörden. Der Zentrumsabgeordnete Gröber gab zu diesen Darlegungen noch manche wertvolle Ergänzung, aber das alles darf ja für die Regierung keine Bedeutung haben. Herr Dr. Lewald verteidigte noch einmal, so gut und so schlecht es ging, seine Auffassung, und der Staatssekretär betonte später ausdrücklich, daß er damit einverstanden sei. — Die weitere Debatte brachte noch einige sehr eindrucksvolle Bemerkungen des Fürsten Radziwill, des 80jährigen Führers der Polenfraktion. Den Schluß der Sitzung bildete ein längeres, sehr heiteres Redegeleht zwischen den Herren Gröber und Müller-Meinungen.

Das Luftverkehrsgezet.

Dem Reichstage ist der Entwurf des bereits vor einigen Monaten angekündigten Luftverkehrsgesetzes zugegangen. In der Begründung führt die Regierung einleitend aus:

„Seit einer Reihe von Jahren haben sich die Luftfahrzeuge den Verkehr im Reiche der Luft erobert. Nachdem die technischen Schwierigkeiten in der Hauptsache gelöst sind, hat die Luftfahrt eine von Jahr zu Jahr steigende Bedeutung erlangt. Bis zum Jahre 1905 war der Freiballon in Deutschland das einzige für die Fortbewegung des Menschen dienende Luftfahrzeug. Im Jahre 1906 führten die Fahrten des Grafen v. Zeppelin mit seinem Luftschiff starren Systems, im Jahre 1909 Versuche mit Flugzeugen in Deutschland zu den ersten praktischen Ergebnissen. Seitdem ist die Entwicklung überraschend schnell vorwärts gegangen. Am Ende des Jahres 1905 hatte Deutschland 268 Freiballonführer; ihre Zahl ist seit dem nahezu auf 1.000 gestiegen. Das erste Zeugnis für einen deutschen Flugzeugführer wurde am 1. Februar 1910 erteilt; inzwischen sind bereits annähernd 700 derartige Zeugnisse ausgestellt; auch die Zahl der Luftschiffführer ist ständig im Wachsen. Nicht minder rasch ist die Entwicklung im Luftfahrzeugbau. Aus der Werkstatt des Grafen v. Zeppelin am Bodensee sind 21, aus den Werkstätten der Parjavalgesellschaft, um nur diese beiden größten Unternehmungen zu nennen, 18 Luftschiffe hervorgegangen. Die Zahl der Flugzeuge zählt nach mehreren Hunderten. Die wissenschaftliche Erforschung der Wind- und Wetterverhältnisse durch Luft- und Wetterwarten trägt zur Sicherung der Luftfahrt bei. Zur Vornahme von Versuchen und zu Übungszwecken sind eine Reihe von Flugplätzen angelegt; zur Ermöglichung weiterer Fahrten über Land entstehen in allen deutschen Gauen Aufstieg- und Landungsplätze mit Hallen für Luftschiffe und Schuppen für Flugzeuge.“

Das Gesetz bestimmt, daß Luftfahrzeuge (Freiballone, Luftschiffe, Flugzeuge), die zur Aufnahme von Menschen bestimmt sind, nur dann außerhalb der Flugplätze verkehren dürfen, wenn die Behörde sie zugelassen hat. Wer außerhalb der Flugplätze ein Luftfahrzeug führen will, bedarf dazu der Erlaubnis der Behörden; diese Erlaubnis ist zu verweigern, wenn der Bewerber den Beweis der Fähigkeit nicht erbringt oder wenn Tatsachen vorliegen, die ihn ungeeignet erscheinen lassen, Luftfahrzeuge zu führen. — Die gewerksmäßige Beförderung von Personen oder Sachen durch Luftfahrzeuge bedarf der Genehmigung der Behörde; die Genehmigung kann von der Leistung einer Sicherheit abhängig gemacht werden. Wenn ein Luftfahrunternehmen den Zwecken des Reiches dienlich erscheint, dann kann das Unternehmen gegen vollen Ersatz des Wertes vom Reich übernommen werden. — Für Schulden, die durch den Betrieb eines Luftfahrunternehmens entstehen, haftet der Halter des Fahrzeuges. Diese Haftung erstreckt sich auf eine Begrenzung insofern, als der Unternehmer nur mit höchstens 50.000 Mark haftet, wenn ein Mensch getötet oder verletzt wird, mit höchstens 150.000 Mark, wenn mehr Menschen getötet oder verletzt werden. Bei Sachschäden ist die Haftsumme mit 10.000 Mark begrenzt. — Schließlich enthält das Gesetz eine Anzahl Strafbestimmungen bei Übertretung dieser Vorschriften. So werden z. B. bis 500 Mark oder bis drei Monate Gefängnis angedroht für den Fall, daß das Kennzeichen des Luftschiffes verändert, beseitigt oder verdeckt wird. — Wie die Polizei das feststellen, oder wie der Uebeltäter festgenommen werden soll, ist aus dem Gesetz freilich nicht ersichtlich, denn der fliegende Schutzmann existiert noch nicht.

Aus einer „Festrede“ des Reichsverbandsgenerals v. Liebert.

Die Ortsgruppe Delitzsch des Alldeutschen Verbandes hatte sich für einen „öffentlichen, deutschen Abend“ als Festreder den Reichsverbandsgeneral v. Liebert verschrieben. Das Thema lautete: „1813—1819. Sind wir noch die Erben unserer Väter?“ Was der Reichsverbandshauptling in seinem Vortrage über die deutsche Geschichte, über die Polen, sowie über die innere und

äußere Politik, die wirtschaftliche Entwicklung und das „mit Eiterbeulen behaftete Kind Elsaß-Lothringen“ verpasste, soll hier unerwähnt bleiben. Festgenagelt seien nur die geradezu unglaublichen Ausfälle gegen die Sozialdemokratie und einige ihrer Führer, die der Reichsverbandler sich erdreistete. Nach einem gedrängten Bericht der Deliktischer Zeitung rief Herr v. Liebert mit vor Erregung zitternder Stimme in die „von Damen und Herren aus Stadt und Land sehr gutbesuchte“ Versammlung:

„Der Graf von Westarp hat im Reichstag gesagt: Donnerwetter, wenn ich in Zabern Landrat gewesen wäre. Meine Herren! Und ich sage: Pokdonnerwetter, wenn ich in Zabern Regimentskommandeur gewesen wäre! Im Innern wird die internationale Sozialdemokratie eine immer gefährlichere Macht. Im Reichstage ist sie durch 110 Abgeordnete vertreten, die weniger durch ihre Intelligenz imponieren, als durch die Masse. Die jetzige Regierung scheint den Kampf gegen diese Gefahr aufgegeben zu haben. Die Sozialdemokratie ist aber nicht nur eine politische Macht, sondern auch eine Finanzmacht geworden.“

Der Reichsverbandsgeneral schaute sich auch nicht, den verstorbenen Genossen Bebel wegen dessen Hinterlassenschaft in Reichsverbandsmannier anzugreifen. Hoffentlich wird die Arbeiterschaft im Wahlkreis Borna-Begau bei der bevorstehenden Wahl der Reichsverbandssleute die Antwort nicht schuldig bleiben.

Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

In der Reichstagskommission für die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe begründete am Donnerstag der freisinnige Schw e i ß h a r d t einen Antrag, der auf die vom Zentrum vorgeschlagene Ortsklasseneinteilung eingeht, aber diese noch erheblich verschlechtert, weil er nur für Großstädte mit über 100 000 Einwohnern die volle Sonntagsruhe zugestehen und für alle übrigen Orte mit der Regierungsvorlage drei bis vier Stunden Sonntagsarbeit zulassen will; Schluß der Sonntagsarbeit soll erst um 3 oder 4 Uhr eintreten. Für Badeorte will der Redner noch besondere Ausnahmen zulassen. Abg. Erzberger (Z.) begrüßt natürlich das freisinnige Zugeständnis aufs lebhafteste und glaubt, daß sich aus einem Kompromiß zwischen Zentrum und Freisinn das Richtige ergeben wird. Desto lebhafter polemisiert der Redner gegen die sozialdemokratischen Sonntagsruheanträge. Wenn das Gesetz nach diesen Wünschen geformt werde, sei es das schlimmste „Klassengesetz“ zugunsten der Angestellten. Am Niederrhein betrage in den Konfektionsgeschäften tatsächlich die Sonntagsereinnahme 30 bis 40 Prozent der Gesamteinnahme, stellenweise sogar 50 Prozent. Die Schlußstunde nachmittags könne kaum vor 3 oder 4 Uhr eintreten. Die Regelung von Besonderheiten durch Ortsstatute müsse man beibehalten der „Selbstverwaltung“ wegen. Die nächsten Zentrumsredner, A s t o r und S t e i n d l, vertrat das Wortemonnaie der kleinen Geschäftsleute auf dem Lande in der einseitigsten Weise und prophezeien den Ruin Tausender von solchen Geschäften durch die Sonntagsruhe. Am Sonntag will die Landbevölkerung das „Vergnügen“ behalten, in die Stadt zu kommen, zu kaufen und in der Wirtschaft zu sitzen. Der Abg. A s t o r will sogar, daß die Konfektionsgeschäfte der Großstädte am Sonntag mehrere Stunden offen gehalten werden. Abg. Graf P o s a d o w s k y hebt das höhere Kulturniveau, das z. B. England mit seiner strengen Sonntagsruhe erreicht hat, hervor und gibt einen Ueberblick über die langjährige Geschichte der deutschen Sonntagsruhebewegung, die längst erwiesen hat, daß es sich lediglich um eine Reform der Kaufgewohnheiten handelt. Wenn man das Bedürfnisgewerbe einigermaßen berücksichtigt, kann man sehr weit im Schluß für das übrige Handelsgewerbe gehen, dann genügt auch eine Zweiteilung der Ortschaften. Abg. S o c h (Soz.) hält dem Zentrum vor, wie es sich als christliche Partei durch die ungläubigen Sozialdemokraten beschämen läßt. 1891/92 gab es genau dieselben unheilvollen Prophezeiungen aus den Reihen des Mittelstandes wegen Beschränkung auf fünf Stunden. Und was ist davon eingetroffen? Nichts! Der sozialdemokratische Standpunkt, absolute Sonntagsruhe mit Ausnahmen für das Bedürfnisgewerbe, der schon 1869 im Reichstag gestellt wurde, hat sich immer wieder als der richtige erwiesen. Sei dies aber nicht durchzusehen, so halte er in zweiter Linie persönlich den Zentrumsantrag dann für diskutierbar, wenn er so ergänzt wird, daß er nicht Stillstand, sondern Fortschritt bringen soll. Der Antrag der Freisinnigen wird von den Angestellten als eine Verhöhnung empfunden werden. Die Volkspartei will volle Sonntagsruhe nur für 30 Großstädte! Das ist unannehmbar. Abg. M e y e r-Herford (N.) spricht sich für möglichste Präzision der neuen Gesetzesvorschriften und Vermehrung zu großer Dehnbarkeit aus. Von der Einführung der vollen Sonntagsruhe in den 50 Großstädten nach dem freisinnigen Antrag erhofft er eine große agitatorische Wirkung für die Ausbehnung der Wohltat. Aber drei Stunden braucht man in kleineren Orten nicht. Es genügen die zwei Stunden von 11 bis 1 Uhr mit 1/2 Stunde Zeit zum Zuhilfenehmen. Dann ist der Nachmittag frei, den auch die kleinen Geschäftsleute gebrauchen können. Für gewisse Gegenden freilich will der Redner durch die höhere Verwaltungsbehörde weitgehende Ausnahmen zugelassen haben.

Abrechnung mit der preußischen Justiz.

Im preußischen Dreiklassenparlament erreichte am Donnerstag die Justizdebatte ihren Höhepunkt in einer zweistündigen großangelegten Anklagerede unseres Genossen L i e b t n e c h t gegen das ganze System der preußischen Rechtspflege. Unser Redner begann mit einer höchstvollen Darlegung der sozialen Ursachen des Verbrechens und nannte eine großzügige Sozialreform das beste Kampfmittel gegen die Kriminalität. Dann ging Gen. Liebnrecht aber zu einer vernichtenden Kritik der Einzelverurteilungen, die die preußische Rechtspflege im Laufe des letzten Jahres gezeitigt hat. Besonders scharf gezielte unser Redner die Audiatenschnüffelei der Richter beider Konfessionen, die politische Justiz, wie sie sich besonders im Falle Knittel offenbart hat, den liebesvollen Schatz den die Herren Streifbretter,

auch wenn sie Würder sind, bei preußischen Gerichten finden, und im Gegensatz dazu die überaus drakonischen Urteile gegen streikende Arbeiter.

Liebnrechts Rede rief den Justizminister B e s e l e r auf den Plan, dessen Erwiderung jedoch nichts weiter war, als ein Sammelsurium von Gemeinplätzen und groben Mißverständnissen.

Vor und nach Liebnrechts Rede brachten die Vertreter der Polen und Dänen lebhaft, nur allzu berechnete Beschwerden über die Methoden vor, mit denen in der Ost- und Nordmark die Justiz in den Dienst der Verprechtung gestellt wird.

Zum Ausfall der Reichstagswahl in Offenburg-Kehl wird uns geschrieben: Obgleich die Zentrumsstimmen gegenüber der Wahl von 1912 um zirka 600 zugenommen haben, dürfte das Ergebnis der Wahl für das Zentrum doch eine schwere Enttäuschung bedeuten. Es hatte alle Demagogie und Skrupellosigkeit spielen lassen, um den Sieg im ersten Wahlgange zu erreichen; und trotzdem 445 Stimmen weniger als bei der Stichwahl im Jahre 1912! Nicht anzunehmen ist, daß das Zentrum bei der bevorstehenden Stichwahl noch beträchtliche Reserven aufbringen kann. Ueberraschend ist der Zuwachs von 654 Stimmen, den der liberale Kandidat, der bisherige Abg. Kölsch, zu verzeichnen hat. Der Zuwachs ist nur zu erklären, wenn man annimmt, daß viele sozialdemokratische Witzläufer, die bei der letzten Wahl noch für den sozialdemokratischen Kandidaten stimmten, dieses Mal sofort dem Nationalliberalen ihre Stimme gaben. In dem Wahlergebnis von Offenburg-Stadt findet diese Annahme eine glatte Bestätigung. Hieraus erklärt sich auch zum Teil der Verlust an sozialdemokratischen Stimmen; der nationalliberale Zuwachs entspricht etwa dem sozialdemokratischen Verlust. Bedauerlich bleibt der Verlust immerhin, zumal es unsere Genossen an einer intensiven Wahlarbeit nicht haben fehlen lassen. Noch am letzten Sonntag fanden 28 durchweg gut besuchte Versammlungen statt. Ein Teil des Verlustes mag auch auf das Konto des Kandidatenwechsels geschrieben werden. Der seitherige Kandidat, der in Offenburg ansässige Stadtrat M o n s c h, der aus Gesundheitsrücksichten ablehnte, war im Kreise bekannt und auch in bürgerlichen Kreisen beliebt. Sein Nachfolger Genosse Geiler-Mülhausen kam als Fremder in den Kreis, er konnte von vornherein nur auf rein sozialistische Stimmen rechnen, als welche auch die 3032 auf ihn entfallenen Stimmen anzusehen sind, immerhin ein in einem rein bürgerlichen Kreise, der zu 69 % katholisch ist, ansehnlicher Bestand!

Der Kreis kann nur mit unserer Hilfe, wie das letzte Mal, dem Zentrum vorenthalten werden. Unsere Genossen haben zwar noch keine Stellung zur Stichwahl genommen, es steht außer Zweifel, daß sie Mann für Mann ihre Stimme gegen das Zentrum abgeben werden.

Die Stichwahl findet am 12. Februar statt.

Mandatsniederlegung.

Der freikonservative Landrat Abg. v. Halem (Wahlkreis Schweg) hat sein Mandat zum Reichstag niedergelegt. Dadurch ist er dem absolut sicheren Sinauswerfen zuvor gekommen und hat auch verhindert, daß der ungeheuerliche Wahlschwindel, dem er sein Mandat verdankte, im Reichstag zur Erörterung gelangen konnte. Herr v. Halem hat sein Mandat schon einmal niedergelegt im September 1912. Auch damals hatte die Wahlprüfungskommission das Mandat kassiert, weil nicht v. Halem, sondern in Wirklichkeit der Pole gewählt war. Bei der schleunigst vorgenommenen Ersatzwahl siegte v. Halem dadurch, daß man Hunderte polnischer Wähler einfach widerrechtlich aus den Wählerlisten strich. Der unternehmungslustige Landrat will nun zum dritten Male kandidieren und wird diesmal hoffentlich nicht wieder in den Reichstag gewählt.

Ein Rückzug der Straßburger Militärbehörde.

Die Militärbehörde hat nach Straßburger Zeitungs-meldungen die Beleidigungsklagen gegen diejenigen Zeitungen, die behaupteten, daß Leutnant v. Forstner die französische Fahne durch den bekannten rüpelhaften Ausdruck beleidigt habe, zurückgezogen. 22 Soldaten erklärten, daß der Leutnant die beleidigende Aeußerung getan habe, 4 sagten aus, sie hätten nichts gehört. Unter solchen Umständen hielt die Militärbehörde einen Prozeß wegen Beleidigung Forstners für zu riskant, zumal die Zeitungen nicht vor das Pelet-Karbonnische Kriegsgericht gekommen wären.

Der württembergische Landtag gegen die Fahrkartensteuer.

Bei der vorjährigen Etatsberatung hatte der Ministerpräsident v. Weiskäfer die Erklärung abgegeben, die deutschen Eisenbahnerwartungen warteten auf die Aufhebung der Fahrkartensteuer, die der Tarifpolitik Schwierigkeiten bereite. Die sozialdemokratische Fraktion benutzte diesen Anlaß sofort zu dem Antrag: „Die württembergische Regierung möge im Bundesrat für möglichst baldige Aufhebung der Fahrkartensteuer eintreten.“ Das Zentrum verlangte in seiner Verlegenheit Verzögerung des Antrages an den Finanzausschuß. In diesem hat der Antrag nun Annahme gefunden mit dem Zusatz, daß der entstehende Ausfall nicht durch Erhöhung der Matrikularbeiträge gedeckt werde. In dieser Form lag der Antrag am Mittwoch dem Plenum vor. Ministerpräsident Weiskäfer betonte zwar die vielen nachteiligen Wirkungen der Steuer und bezeichnete es auch als eine erwünschte Unterstützung der Anschauung der Regierung, wenn die Kammer den Antrag annehme, meinte aber, praktisch gewinne der Antrag erst Bedeutung, wenn man im Bundesrat einmal wieder auf die Aufhebung der Fahrkartensteuer zu sprechen kommen werde. Und das werde wahrscheinlich erst dann geschehen, wenn wieder eine größere finanzpolitische Aktion im Reiche bevorstehe. Der Minister gestand, daß die Unzufriedenheit mit der Fahrkartensteuer und mit den deutschen Eisenbahnerministern aus verschiedenen Gründen etwas geschürt worden sei, denn die Steuer bilde einen willkürlichen Eingriff in einen staatlichen Gewerbebetrieb. Dann aber verhängte sich der Minister

hinter dem Zentrumsabgeordneten Erzberger und dem preußischen Eisenbahnminister, die beide kürzlich in der Budgetkommission des Reichstags erklärt hätten, man solle die Frage jetzt ruhen lassen. Einer Erhöhung der Matrikularbeiträge würde sich die württembergische Regierung mit allen Mitteln widersetzen. — Genosse K e i l hielt den Nationalliberalen und dem Zentrum, denen die Fahrkartensteuer zu danken ist, ihre Sünden vor und zeigte auf Grund der Verkehrsziffern im Reiche und in Württemberg die verkehrshemmende Wirkung einer jeden Verteuerung des Eisenbahnfahrens. Die Regierung solle nicht warten, bis einmal im Bundesrat die Frage wieder zur Sprache komme, sondern die Initiative ergreifen und den Antrag auf Beseitigung der Steuer stellen, die eine ebenso kulturelle wie verkehrseindliche Tendenz habe. Für den Antrag sprachen sich die Redner der Volkspartei und der Nationalliberalen aus und auch der Zentrumsführer v. Kiene erklärte, daß er entgegen seinen Kollegen Gröber und Erzberger immer gegen die Fahrkartensteuer gewesen sei; nur der Redner der Konservativen bekämpfte den Antrag, da nach seiner Ansicht die Fahrkartensteuer eine der besten Steuern sei. Gegen die Stimmen der Konservativen wurde der Antrag schließlich angenommen.

Afrika.

Der Gewaltstreik der südafrikanischen Regierung. Die von der Regierung Südafrikas in Permanenz durchgedrückte Indemnitätsbill genehmigt zugleich die Deportation der Arbeiterführer und verbietet deren Rückkehr ins Land. In der Begründung wird ausgeführt, daß diese Arbeiterführer unter den Lohnarbeitern des Landes Unfrieden gestiftet, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern Streit herbeigeführt, die Arbeiter aufgehetzt, die Deffentlichkeit beunruhigt hätten usw. Die Regierung ließ erklären, daß die Familien der Deportierten diesen auf Wunsch auf Staatskosten nachgesandt werden würden. — Die englische Arbeiterpartei hat sich getreu dem auf ihrem Kongresse erhaltenen Auftrage sofort mit der Regierung in Verbindung gesetzt, damit die südafrikanische Behörde für ihr ungefehltes Vorgehen zur Rechenschaft gezogen werde. Ob sie damit bei der Reichsregierung viel Glück haben wird, bleibt trotz der scheinbaren Empörung aller liberalen Kreise sehr zweifelhaft. — Soeben wird bekannt, daß sogar alle Telegramme nach Südafrika der englischen Zensur unterworfen werden und die englische Postbehörde erklärt, für die Beförderung von Telegrammen nach Südafrika keine Garantie übernehmen zu können.

Amerika.

Der peruanische Staatsstreik. Der bisherige Präsident B a l l i n g h u r s t ist für abgesetzt erklärt worden. Oberst O s t a r B e n a r i d e s wurde vom Kongreß zum Präsidenten des provisorischen Regierungskomitees ernannt. Er wird gleichzeitig die Funktionen des Kriegsministers ausüben.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, 6. Februar.

Zur Agitation unter den Frauen.

Die Rote Woche, die die Partei in der Zeit vom 8. bis zum 14. März d. J. veranstaltet, wird eingeleitet durch den Frauentag am 8. März. Wie die Rote Woche im allgemeinen der besonders nachhaltigen Werbearbeit für die Ideen des Sozialismus, für die Werbung neuer Mitglieder für die Organisationen und neuer Abonnenten für die Arbeiterpresse dienen soll, so soll der Frauentag im besonderen für die Gewinnung der Frauen für den Befreiungskampf des Proletariats dienen. Ueberall in Deutschland, und auch in der Schweiz und in Oesterreich, werden an diesem Tage die Frauen ihre Stimme erheben für ihre politische Gleichberechtigung, für die Befreiung der Frauen aus jahrtausende alter Unterdrückung. Die Frauen, die hineingerissen sind in den Strudel des kapitalistischen Erwerbslebens, die von den Unternehmern als willkommene, billige und willige Arbeitskräfte ausgebeutet werden, die vom Staat mit allen Plackereien der Steuerzahlenden Untertanen belastet sind, die dem Staat gegenüber alle Pflichten, aber nicht die geringsten Rechte haben, diese Frauen fordern am Frauentage mit Ungeheiß ihre politische Gleichberechtigung. Von allen politischen Parteien ist es allein die Sozialdemokratie, die sich grundsätzlich und ohne Einschränkungen für diese Forderung einsetzt. Noch stemmt sich die herrschende Klasse mit aller Kraft gegen die Forderung der Frauen, aber die Anerkennung der Forderung, die einer wirtschaftlichen Notwendigkeit entspricht, wird für die Dauer nicht zu unterdrücken sein. Freilich wird die Durchführung dieser Forderung noch einen zähen Kampf kosten. Es ist notwendig, den Millionen und aber Millionen erwerbstätiger Frauen und Mädchen die Unwürdigkeit zum Bewußtsein zu bringen, die in ihrer politischen Rechtlosigkeit liegt. Es ist notwendig, den Hausfrauen und Müttern und allen volljährigen Personen weiblichen Geschlechts klarzumachen, wie sehr sie von der Politik im Reich, in den Einzelstaaten und in der Gemeinde betroffen werden. Die Frauen müssen zu der Erkenntnis gebracht werden, daß sie sich um das öffentliche Leben kümmern und daß sie daher politische Rechte erobern müssen. Die proletarischen Frauen stehen in diesem Kampfe nicht allein, sie kämpfen Schulter an Schulter mit ihren Klassen-genossen, denn der Kampf der proletarischen Frauen um politische Rechte ist ein Stück des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse. In dieser Erkenntnis des Klassenkampfes, als Grundlage der proletarischen Frauenbewegung, werden die Genossinnen auch den diesjährigen Frauentag begehen. Je sorgfältiger er so vorbereitet ist, um so wichtiger wird er wirken. Dazu gehört aber die tätige Mitarbeit aller Genossinnen und Genossen. Schon jetzt müssen die Arbeiten aufgenommen werden, denn der Frauentag und die Rote Woche sollen nicht der Beginn, sondern der Höhepunkt der umfassenden Werbearbeit sein. Mit allem Nachdruck muß diese Arbeit geleistet werden, jede Genossin und jeder Genosse muß sich daran beteiligen. Mehr als sonst ist es in dieser Zeit bis zur Roten Woche Pflicht aller Parteimitglieder, dem Rufe der Organisation zu folgen. Für die Agitation unter den Frauen gilt im besonderen, daß die Parteigenossinnen und Genossen die Pflicht haben, für starken Versammlungsbesuch tätig zu sein. Die Genossinnen müssen ihre Frauen und Töchter, die Genossinnen Bekannte und Freundinnen auf die Veranstaltungen aufmerksam machen. Wenn die gesamte Arbeiterklasse mit der gewöhnlichen Hingabe und Ausdauer für ihre Ideale wirkt, dann muß uns der Frauentag und die Rote Woche einen gewaltigen Schritt vorwärts bringen. Zum Wohle der Arbeiterklasse, der herrschenden Klasse zum Trost! An die Arbeit!

Arbeitersekretariat. Die Zahl der Besuche belief sich im Monat Januar auf 1351 (1149), die der Besucher auf 1481 (1310). — Die eingekammerten Zahlen sind die des vorvergangenen Monats. — Davon kamen in derselben Sache wiederholt 142 Personen. Mitin sind im Monat Jan. 1209 (989) neue Fälle bearbeitet worden. Auskünfte wurden erteilt 1451 (1292), darunter nach auswärtig schriftlich 40 (34). Von den Besuchern waren organisiert 803 (689) Personen, und zwar gewerkschaftlich 397, politisch 39, gewerkschaftlich und politisch 367. Unter den verbleibenden 631 Nichtorganisierten befanden sich 338 Angehörige von Organisierten und 18 Organisationsunfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 957 (825) männlich, 447 (436) weiblich. Den Hauptgruppen nach verteilen sich die Besucher wie folgt: Arbeitnehmer und deren Angehörige 1300 (1124); selbständige Gewerbetreibende, Beamte u. und deren Angehörige 134 (135); Organisationsunfähige 47 (49). In Lübeck-Stadt hatten von den Besuchern 1166 (999) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 96 (103), Oldenburg 91 (92), Mecklenburg 62 (58), Pommern 59 (53), Hamburg 5, England 1, Dänemark 1. Die Auskünfte verteilen sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Anfall-, Invaliden- und Krankenversicherung) 310 (261), Privatangehörigen-Versicherung 10, Arbeits- und Dienstvertrag 312 (254), bürgerliches Recht 532 (485), Strafrecht 74 (75), Gemeinde- und staatsbürgerliche Sachen 178 (116), Arbeiterbewegung 7 (6), Privatversicherung 13 (13), Handels- u. Gewerbsachen 7 (15), Verchiedenes 8 (7). Von den Auskünften machten 826 (729) die Anfertigung von 470 (351) Schriftsätzen erforderlich; außerdem gingen aus 54 (18) sonstige Briefe und Postkarten. Ein gingen 252 (213) Postsendungen. Der 22. Jan. zeigte mit 87 (83) die höchste, der 10. Januar mit 43 (44) die niedrigste Besucherzahl.

b. Früh Gestolperte. Die Jugendgerichte bedeuten einen Fortschritt in der Rechtspflege. Sie empfehlen in den meisten Fällen den zum erstenmal Verurteilten der bedingten Begnadigung. Die Straftaten der Jugendlichen dürfen nicht mit dem üblichen Maßstab gemessen werden. Obwohl das Strafgesetz schon bei einem Zwölfjährigen die nötige Erkenntnis der Strafbarkeit seines Tuns voraussetzt, eine einzige mit angehörte Jugendgerichtsverhandlung in einem solchen Fall befehlt eines Besseren. Vielfach verursacht auch nur die augenblickliche Erregung der Geschädigten die Anzeige, die für den Unglücklichen dann zur Folge hat, daß er fürs Leben gezeichnet ist. Und sind es auch nur wenige Tage, mit denen auch gestern durch die Bank jugendliche Sünder bedacht wurden, läuft ihnen im ferneren Leben irgend ein Salunko in die Quere und zieht sie vor's Gericht, sie müssen sich noch in jenen Jahren vorlesen lassen, daß sie als Zwölfjährige einmal gestolpert sind. Greifen wir einige Fälle heraus:

Die rasche Bewegung, — eine der Eigenschaften der Jugend — aber im falsch verstandenen Sinne, äußerte sich von 16 jugendlichen Angeklagten bei 14. Sie steckte in dem Kaufmannslehrling, der einem Kunden für 50 Pfg. Waren verkaufte und dessen vergessenes Portemonnaie versteckte. Vielleicht sollten die 21 Mark demaldest als Grundstoff zum eigenen Geschäft verwendet werden. Dieselbe rasche Bewegung zeigte sich auch bei dem Dreizehnjährigen, der kaum über die Balustrade gucken kann, die den Gerichtshof von dem „Verbrecher“ trennt. In einemfort dreht der Knirps seine Mähe zwischen den Fingern, betrachtet die Gerichtsherrn der Reihe nach, wendet seinen Blick vom Staatsanwalt über die Beifitzer hinweg zum Gerichtsschreiber und umgekehrt, als ginge ihm die ganze Geschichte nichts an. Die Angst ist's, die große Angst, die den Ernst der Lage verbirgt, und auf die oft wiederholte Frage: „Hast du den Taschenspiegel gestohlen?“ nur die eine Antwort zuläßt: „Ich hab's nicht getan!“ Wer will ihm glauben auf das Zeugnis, das ihm der Leiter der Behrend-Schroderschen Schule mit auf den Lebensweg gegeben hat: aufgeweckt, aber lügenhaft und faul?

Die Unwahrhaftigkeit, die bei Erwachsenen zur Feigheit wird, bei schuldbehafteten, mangelhaft gebildeten Jugendlichen veräbnlich ist, sie haßt auch dem 15jährigen hochgeschossenen Jungen an, der von seinem Arbeitgeber sogar im Ladendienst verwendet wurde und sich dann an der Kasse vergriß. Kein, er schante die Kasse und steckte das eingekommene Geld in die Hosentasche. Um 1000 Mark will der Kaufmann geschädigt sein, lange jahndete er auf den Dieb, der schuld an Geschäftsrückgang sein soll. Eigentümlich nur, daß erfahrene Geschäftsleute solange nachgrübeln müssen, um unter einem einen herauszufinden. Verstoß gibt sich auch das Dienstmädchen im dünnen Rattunkleid, das dreimal überführt wird und auf alle drei eidlichen Zeugnisaussagen erwidert: es ist nicht wahr, daß ich Geld gestohlen, daß es unter dem Kopffissen gefunden wurde, daß ich Schokolade dafür gekauft habe.

Im eleganten Blüschmantel tritt ein 16jähriges Fräulein auf, das ihrem Vater den Wäschevorrat versteckt, 9 Mk. auf dessen Namen pumpte, eine Handtasche lieh und zum Pfandleiher trug, alles, um vom Elternhaus loszukommen, vor allem vom trunkstüchtigen Vater. Sie ist vorbestraft, hat eine Woche abgesehen und 14 Tage bei der Amnestie geschenkt bekommen. Das Fräulein beschönigt die Tat nicht, schont ihren Vater, der weniger schonungsvoll gegen sie war und verläßt mit einem höflichen Knicks eines jünjärigen Mädchens, aufs neu geächtet, in Begleitung einer ebenso tadelloser gekleideten Dame den Gerichtssaal. Eigentümliche Rechtsanschauungen hegt ein 17jähriges Herrchen, das dem Dienstgeber für 15 Mark Rabatmarken wegnahm, in seiner Einfach gleich drei Bücher zugleich einlösen wollte, mit der in Aussicht gestellten bedingten Begnadigung jedoch nicht zufrieden war und wecklich meinte, er müsse doch freigesprochen werden, da er ohne Vorstrafen sei.

Zwei Schulknaben kamen dann vor die Schranken. Der eine hielt bei einem Nachbar auf dem Lande in dessen Wohnung Umschau, und glaubte, eine Damenuhr, eine Kette und Brosche sei bei ihm besser aufgehoben. Bei einer halben Mettwurst erkreute sich der Schlingel der glühenden Sachen, die bald wieder an ihren Verwahrungsort gelangten, doch die Mettwurst — die blieb verschunden. Und die Taschenuhr, die ein Zwölfjähriger beim Kinderhüten von der Wand hing, die tickte nicht viel länger in der fremden Hosentasche, wie das Herz popperte, bis der Uhrliebhaber seinen Verweis weghatte.

Es gibt aber dreistere junge Sünder. So z. B. der nervenranke, nach ärztlichem Gutachten moralisch mangelhaft entwickelte, aber zurechnungsfähige Hausdiener, der einem 5jährigen Mädchen eine Mark ablungerte und damit das Weite suchte. Die Anlagen hatte sich der junge Mann noch ausgeübt, um schmierige Stellen in der Nähe von Damen extra laut vorzulesen. Und Beschögel gibt es, schreckliche Beschögel. Einem 17jährigen Hausdiener verspricht der Reisende 15 Mark, wenn — der junge Mann das Hintertürlein öffnet, damit der Haje die Hahn einführen kann. 15 Mark, ein Kapital für den anstehenden Türschlüssel, leider konnte der Reisende seinen Hundert nicht zerreißten, dafür bekam der Bereitwillige eine Anklage wegen Kuppelerei, das Mädchen Person im Hamburger Arbeitshaus und der eigentlich Schuldige freit weiter. Hier empfiehlt das Gericht die unbedingte Begnadigung.

Auch kindlicher Unverstand, um keinen schärferen Ausdruck anzuwenden, kann Unheil schaffen. Verahredeten sich

da einige Burichen, einer Arbeiterin 28 Pfennig aus dem Geldbeutel zu nehmen, um dafür Schokolade zu kaufen. Der Dieb bekommt es im selben Augenblick mit der Angst zu tun, legt das Geld wieder in die Tasche, und währenddem geht der Anführer hin und denunziert den Kameraden beim nächsten Schutzmänn. Allerhand für einen Eßfähigen!

Noch eins zum Schluß, das traurigste Bild. Fünfzehn Jahre zählt der Strafgefangene, der 1912 in Gemeinschaft mit mehreren gewalttätige Einbrüche verübte und zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt wurde. 6 Monate hatte der Unglückliche verbüßt, da traf ihn beim Kaiserjubiläum die Gnade des Senats. Er vertauschte die Gefangenenzelle mit dem Erziehungsheim. Aber die Freiheit wühlte, trieb ihn in unbewachtem Augenblick von dannen. Das nächstbeste Stahlroß trug den Unbedachten aus Lübeds Grenzen, bis es vor Kröpelin veräußert werden mußte, um Geld zum Leben zu haben. Nun werden nicht nur zwei Monate Gefängnis über den Knaben verhängt, sondern auch das erlassene Jahr muß abgesehen werden.

Weit glücklicher fühlt sich ein anderer Held, der ein Fahrrad klaut. Der segelte schon seit einem Jahre durch die Meere, kümmert sich den Teufel um den längst vergessenen Streich, und während der Urteilspruch fällt, die Raben über dem Marzallgefängnis kreisen, schaukelt der Jüngling auf dem Ocean Südafrikas heißer Sonne entgegen. So eine Jugendgerichtssitzung stimmt den Betrachter nachdenklich! Es sind wirklich keine Verbrecher, die sich da zu verantworten haben, sondern junge Menschenkinder, die gestolpert sind, weil die Verführung an sie herantrat, der die Nerven am leichtesten erliegen. Nicht die erkannte Strafe wird bessernd wirken, sondern die Einsicht, die erst später kommt, und vor allem eine Umgestaltung der gegenwärtigen sozialen Verhältnisse, in der gerade solche Vergehen ihre letzten Ursachen haben.

Die Orstrantentasse in Lübeck hatte am 1. Februar 1914 31 460 Mitglieder, darunter 262 Mitglieder von Ersatzklassen, deren Rechte ruhen, gegen 26 953 im Jahre 1913. Auf Männer entfielen davon 20 945 (1913: 17 995), auf Frauen 10 515 (1913: 8958). Erwerbsunfähig krank waren am letzten Januar 719 Männer (1913: 560) und 293 Frauen (1913: 322). Ausweisscheine für Familienangehörige zur Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung wurden im Januar 2791 (1913: 2570) erteilt. Sterbepengel wurde im Januar für Mitglieder in 17 Fällen, für Angehörige in 25 Fällen gezahlt. Uebertretungen erwerbsunfähiger Mitglieder gegen die jahrgangsmäßigen Verhaltensvorschriften waren in 30 Fällen mit Strafe zu beladen. Wegen verspäteter Meldung zur freiwilligen Fortsetzung der Mitgliedschaft im Anschluss an die beendete versicherungspflichtige Beschäftigung haben im Januar vier Abweigungen erfolgen müssen. Die freiwilligen Kassenbeiträge müssen Mittwochs und Donnerstags tunlichst in den Vormittagsstunden entrichtet werden.

Lübeder Straßbahn. Betriebsergebnisse für den Monat Januar 1914. Befördert sind 1914: 895 020 Personen, 1913: 815 039 Personen, 1914 mehr 79 981 Personen. Eingenommen sind 1914: 92 460,93 Mk., 1913: 85 348,61 Mk., 1914 mehr 7 112,32 Mk. Betriebsergebnisse für die Zeit vom 1. April 1912 bis 31. Januar 1914. Befördert sind 1914: 9 484 537 Personen, 1913: 8 497 689 Personen. 1914 mehr 986 848 Personen. Eingenommen sind 1914: 1 011 070,03 Mk., 1913: 893 454,— Mk., 1914 mehr 117 616,03 Mk.

Schwandende Gesundheit. In der Woche vom 18. bis 24. Januar sind nach den Veröffentlichungen des Kaiserlichen Gesundheitsamtes von 1000 Einwohnern, auf das Jahr berechnet, als gestorben gemeldet in: Aachen 18,3, Altona 16,3, Augsburg 18,1, Barmen 14,3, Berlin 14,6, Berlin-Schöneberg 8,8, Berlin-Wilmersdorf 8,4, Bochum 13,5, Braunschweig 15,4, Bremen 15,9, Breslau 19,6, Cassel 12,1, Charlottenburg 11,3, Chemnitz 13,4, Köln 16,7, Crefeld 13,2, Danzig 18,3, Dortmund 17,2, Dresden 14,2, Duisburg 17,5, Düsseldorf 16,8, Eberfeld 12,7, Erfurt 16,3, Essen 9,1, Frankfurt a. M. 13,0, Gelsenkirchen 12,9, Halle 14,3, Hamburg 15,7, Hamburg 15,2, Hannover 12,0, Karlsruhe 10,3, Kiel 14,1, Königsberg 17,3, Leipzig 13,8, Lübeck 15,2, Magdeburg 18,8, Mainz 13,7, Mannheim 12,8, Mülheim a. d. R. 15,0, München 17,1, Neutöln 9,8, Nürnberg 14,3, Plauen i. V. —, Posen 14,1, Saarbrücken 13,9, Stettin 13,3, Straßburg 14,1, Stuttgart 14,3, Wiesbaden 15,7, London 18,2, Paris 21,6, Wien 14,9.

Handelsregister. Am 3. Februar 1914 ist eingetragen bei der Firma Hamburger Kaffee-Lager Johannes Propp Nachf. August Saks, Lübeck; Zehiger Inhaber: J. C. W. Propp, Kaufmann in Lübeck. Der Uebertragung der in dem Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten ist bei dem Erwerbe des Geschäfts durch den Kaufmann Propp ausgeschlossen. Die Firma lautet jetzt: Hamburger Kaffee-Lager Johannes Propp. Am 5. Februar 1914 ist eingetragen: 1. Die Firma Walborg Borchsenius, Lübeck. Inhaberin: Walborg Borchsenius geborene Langkilde, Ehefrau in Lübeck. Dem Ingenieur Werner Rudolf Borchsenius in Lübeck ist Procura erteilt. 2. Bei der Firma Johs. Loänig, Lübeck: Die Firma ist erloschen.

Errichtung einer besonderen Meldestelle für das Einwohner-Meldebüro im Stadtteil Siems-Dänishburg. Mit Begunahme auf die Bekanntmachung vom 22. März 1913 wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß bei der Polizeistation in Dänishburg eine besondere Meldestelle für das Einwohner-Meldebüro errichtet worden ist, bei welcher fortan die An- und Abmeldungen der Einwohner des Stadtteils Siems-Dänishburg zu bewirken sind und zwar an Wochentagen in der Zeit von 1½ bis 1 Uhr mittags.

pb. Verhaftungen. Festgenommen wurden eine Arbeiterin, die sich der Pfandverschleppung, und ein Arbeiter, der sich des Diebstahls schuldig gemacht, sowie ein mehrfach wegen Betruges vorbestrafter Buchhalter, der sich mehrere Kisten Zigarren erschwindelt hat.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Um den vielfachen aus dem Publikum gerichteten Wünschen zu entsprechen, auch einmal am Sonntage ein Schauspiel oder ein hübsches Lustspiel zu geben, hat sich die Direktion entschlossen, den erfolgreichen Schläger „Die spanische Fliege“, der bei der letzten Aufführung wieder wahre Lausjalen und Beifallsstürme auslöste, für den kommenden Sonntag, den 8. Februar, anzusetzen. — Am Sonntag nachmittag wird die so beliebte Volksooper „Der Wildschütz“ zum Einheitspreise von 75 Pfg. verlost werden. Die Verlosung der Plätze findet am Freitag und Sonnabend von 8—9 Uhr abends an der Theaterkasse statt.

antifemistischer Reichstagsabgeordneter für Waldeck. Nach Reichsverbandsmanier bekämpfte er die Sozialdemokratie.

Lehe bei Bremerhaven. Familien drama. Mittwochs nachmittag gegen 3 Uhr schloß der Herr Reichstraße in Lehe wohnende Kaufmann Havens seiner Frau einen Knüttel in den Kopf und verlegte sich dann selbst durch einen Knüttel in den Kopf schwer. Ein dritter, auf seinen Schwiager abgefeuerter Schuß verfehlte sein Ziel. Die beiden Schwagerverletzten konnten zwar noch lebend ins Krankenhaus gebracht werden, doch ist der Mann im Laufe des Abends nach während der Operation gestorben; die Frau ist noch beunruhigend.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. Herzog Wildfang, Oper in drei Akten von Siegfried Wagner. Es hat sicherlich seine Licht- und Schattenseiten, wenn ein Schaffender den Namen eines berühmten Vaters trägt. Dieser Name öffnet seinem Träger zwar Türen, die anderen verschlossen bleiben, er gibt aber auch Anlaß zu Vergleichen, besonders wenn sich Vater und Sohn auf demselben Gebiete betätigen, bei denen meistens der Erbe des Namens im Nachteil bleiben wird, da die Welt geneigt ist, in diesem Falle bei beiden den gleichen Maßstab anzulegen. Siegfried Wagner ist der Sohn Richard Wagners, dessen Genie auch derjenige bewundern muß, der nicht in all seinen Werken Offenbarungen sieht. Mitterlicherleits ist Franz Liszt, gleichfalls ein Großer im Reiche der Tonkunst, mit ihm nahe verwandt, denn er ist der Vater von Frau Cosima. Es erscheint unter solchen Umständen begreiflich, daß Siegfried Wagner sich für musikalisch erblich belastet hält und das Komponieren — genau wie andere Thronerben das Regieren — als seinen ihm durch seine Abstammung übertragenen Beruf erachtet. Dagegen wäre gewiß auch nichts einzuwenden, wenn er mit den Erzeugnissen seines Genies nur seine näheren Freunde und Freundinnen beglücken wollte oder sie auf dem Festspielhügel in Bayreuth zur Aufführung brächte, denn Freunde sind nachsichtig und empfinden Schwächen nicht so wie andere Leute. Die Sache würde dann auch niemand etwas angehen. Herr Wagner — wir meinen Siegfried — war aber schlecht beraten, als er sich dazu verleitete, seine Opern öffentlich wiedergeben zu lassen. Denn dadurch bietet er nur Stoff zu Betrachtungen, die nicht zur Mehrung des Ruhmes des Hauses Wagners beitragen. Vergleiche sind unausbleiblich, obwohl es da nichts zu vergleichen gibt.

Das Lübeder Stadttheater steht leider nicht in dem Ruf, daß es oft jungen dichterischen oder musikalischen Talenten die Wege ebnet, die anderswo nicht zu Worte kommen können. Am Ende kann sich das unsere Bühne auch gar nicht leisten, denn sie muß sehr darauf Bedacht nehmen, Stücke zu geben, die erfolgreich sind und den Kassenrapport günstig gestalten. Aber sie hat auch künstlerische Verpflichtungen. Dazu gehört jedoch die Aufführung von Siegfried Wagners „Herzog Wildfang“ nicht. Diese Oper hat bereits anderorts bewiesen, daß sie nicht lebensfähig ist. Umso bedauerlicher ist es, daß hier eine immense Summe erster Arbeit nutzlos dafür aufgewendet werden mußte. Es wird davon gesprochen, daß persönliche Freundschaften einflußreicher Leute mit im Werte gewesen sind, den „Herzog Wildfang“ im Lübeder Stadttheater eine Stätte zu bereiten. Zweifellos werden es ehrliebe Bewunderer des Schaffens Siegfried Wagners sein, die dabei mitgeholfen haben, aber in künstlerischen Dingen darf nicht persönliche Gunst oder Mißgunst, sondern der Wert dessen, das zur Darstellung gelangen soll, entscheidend sein. Das wurde hier außer acht gelassen.

Nun ein paar Worte zum „Herzog Wildfang“ selbst. Die Handlung ist so unbedeutend und naiv, daß man sich nur wundern muß, weshalb sie so lang ausgesponnen und von so vielem Geräusch begleitet ist. Originell ist sie ebensowenig wie unterhaltend, es sei denn, daß man die Idee von dem Wettrennen zwischen dem Hagen und dem Swinigel, die hier als Clou bei dem Wett- und Werberennen um die Braut verhandelt wird, dafür hält. Die Reime, die der Dichter-Komponist verfertigt hat, reizen allerdings häufig zur Heiterkeit, aber nicht durch etwaigen Witz, der darin enthalten wäre. Und die Musik? Viel Lärm um nichts! Von Melodien auch nicht eine Spur. Dafür aber ausgeübte öde Streden. Sehr häufig bemerkt man, daß Siegfried seinen Vater, Mozart, Mendelssohn und andere beim Komponieren noch im Gedächtnis hatte.

Die ersten Kräfte unserer Oper waren bemüht, den „Herzog Wildfang“ zu einem Siege zu verhelfen. Mit dem Ernst und dem Eifer, den eine bessere Sache verdient hätte, erledigten sie ihre schwierigen und unandbaren Aufgaben. Wir nennen nur die Namen O ff e n b u r g, M e i s n e r, d e G a r m o, S c h ö f f e l, K o l l w i t z, S i e g l e, die sonst Bürgen des Erfolges sind. Herr Kapellmeister Pfeiffer dirigierte mit der Gewissenhaftigkeit und der Intelligenz, die ihn auszeichnet, die Vorchstellung, die von Herrn Beyer sehr wirkungsvoll inszeniert war. Es gelang leider nicht, die Langeweile zu bannen.

Das Theater war dicht besetzt. Man sah sogar viele Besucher, die sonst nie hingehen. Aber man muß doch Siegfried Wagner gesehen haben, selbst um den Preis seines „Herzog Wildfang“. Und Siegfried erschien auf der Bühne und nahm die Huldigungen seiner Verehrer entgegen. Ob er es gemerkt haben wird, daß es nicht die Begeisterung, sondern die Reugier des Publikums war, die sich in dem Händeklatschen ausdrückte? P. L.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ ist das 19. Heft des 32. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die oberste Kommandogewalt. — Neue Tendenzen in der amerikanischen Landwirtschaft. — A. M. Simons. — Modernistischer Marxismus. — Von J. B. Askew. — Staatskirchentum und Sozialdemokratie. — Von E. Vogtherr. — Zeigen sich in der deutschen Gewerkschaftsbewegung syndikalistische Tendenzen? — Von Hermann Liebmann.

Vom „Wahren Jacob“ ist die 4. Nummer des 31. Jahrgangs, 16 Seiten stark, erschienen. Der Inhalt ist ein reichhaltiger.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns Nr. 10. des 24. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Auf die Schanzen! — Ein Jahr der Reaktion und des Imperialismus. II. — Von H. B. — Arbeitende Mütter. III. — Von Johann Fersch.

Nachrichten. monatliches Bildungsorgan für denkende Arbeiter, herausgegeben von Julian Borchardt. Nr. 6. Februar 1914, hat folgenden Inhalt: 1. Weltentwende, 2. Krise und Sonnenflecke, 3. Utopischer und wissenschaftlicher Sozialismus, 4. Lebensrechte, 5. Was ist Bildung? 6. Notizen. Jeden Monat erscheint ein Heft zum Preise von 10 Pfennig. Zu haben in allen Parteidruckhandlungen, bei den Kolporturen der Partei und Gewerkschaftspressen, sowie beim Verlag, Berlin-Lichterfelde 3, Hedwigstraße 1.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeder und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Kewig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: J. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

48

Pfennig

Bazar-Tage

ca. **60 000**

786

95

Pfennig

intensiv überprüfte Artikel werden für diese Veranstaltung zu kolossal billigen Preisen bereit gehalten.

Modern. Crepons

für Blusen und Kleider in großem Farbsortiment!

Bazarpreis m

48

Radieuse de Lyon

Schmiegsame Seide

in großem prächtigen Farbsortiment

Bazarpreis m

95

Für Konfirmanden-Kleider

Reinwollene **Cheviots**
Wollene **Crêpe** u. **Ramage**-
Stoffe, doppelt breit

Bazarpreis m

95

- Damenbluse halbfrei, aus gestreift elsass. Levantine mit Satinkragen **95**
- Wasch-Unterrock mit Plisse- u. Satinblenden **95**
- Russenkittel aus Halbtuch und Velour mit Faltenvolant und Borde **95**
- Knaben-Leibchenhosen aus blauem Cheviot für das Alter von 5 bis 8 Jahren **95**
- 4 m Wäschetuch mittellädig **95**
- 3 m Renforce **95**
- Bettuch-Halbleinen volle Bettbreite **95**
- Bettsatins u. Damaste 140 cm breit **95**
- Gebülmte Cretonne bewährte Qualität **48**
- 5 Ledertücher imit. **48**
- 5 Aufwaschtücher Netzgewebe **48**

- Damen-Taghemden aus gutem Wäschetuch, Vorder- u. Achselanschluß **95**
- Damen-Beinkleider lang. u. Kniefasson m. Stickerei **95**
- Damen-Nachtjacken aus gerauhtem Croise m. Spitzen-Garnitur **95**
- Kinderhemden a. gut. Wäschetuch m. Passe u. Lang. 5-12 J. **95**, 1-5 J. **45**
- Spiralfeder-Korsetts a. grauem Drell mit Spitzengarnierung **95**
- Rips-Blusenkragen mit Hohlsaum **48**
- Mull-Jabots mit Einsatz und Spachtelspitze **48**
- Eleg. Rips-Blusenkragen mit Plisseerüsche **95**
- Blusen-Garnitur aus Mull mit farbigen Tupfen und Plissee **95**
- Sammet-Gummi-Gürtel I. Qualität **95**
- Lackleder-Gürtel in allen Farben **95**

- Bayrum Double distilled Flasche **95** und **48**
- Birken-Balsam Flasche **95** und **48**
- Kamillen-Extrakt Flasche **95** u. **48**
- Brennessel-Haarwasser Flasche **95** und **48**
- 4 Stck. Blumenfettseife im Kart. **48**
- 6 Stck. Fliederseife im Karton . **95**
- Einsteckkamm-Garnit. 6teilig **95**
- Nagelpflege-Garnit. i. Etui, 7teil. **95**
- Album für Ansichtkarten in reich ausgestatteten Einband **48**
- Karton Briefpapier Kuverts mit Seidenfutter **48**
- Davidis Kochbuch illustriert **95**
- Karton „Atlantic-Post“ feinstes Briefpapier **95**
- 5 Rollen Butterbrotpapier ca. 500 Blatt **95**
- 8 Rollen Toilettepapier **95**

- 6 Speiseteller tief oder flach **48**
- Ovale Bratenplatte extra groß . **48**
- Wasserkanne für Waschservice **48**
- Milchtopf Zwiebelmuster, 1 1/2 Liter **48**
- 6 Porzellan-Obertassen **48**
- 2 Porzell.-Gemüseschüsseln **48**
- Porz. Kaffeekanne m. Patentdeck. **48**
- 2 Glas-Kompottschal. extra groß **48**
- 6 Glas-Kompotteller **48**
- 1 Butterdose u. 1 Zuckersch. **48**
- Brotkasten weiß lackiert **48**
- Brotkorb vernickelt m. Fayence-Einl. **48**
- Konfiturenkorb versilb. m. Einsatz **48**
- Standspiegel mit vernickeltem Rand **48**
- Palmenständer mit Fayenceteller **48**
- Stangenvase 32 cm, m. fein. Schliff **48**

- Filztuch-Tischdecke mit Kurbelstickerei **95**
- Sofakissen Satin mit Fransen **95**
- Tapestry-Bettvorleger 50x100 cm **95**
- Wachstuch-Tischdecke 60x100 cm **95**
- Nähtischdecke Filztuch, bestickt **48**

Damen-Blusenschürzen

in aparter neuer Ausführung, blau-weiß gepunkt mit schottischem Satinbesatz oder hellgrau gestreift mit Leinenblenden

Durchweg

95

Damen-Tändelschürzen

aus farbigem Satin oder weiß mit reicher Stickerei

Serie I

95

Serie II

48

Kinderschürzen

in reiz. Machart aus bewährten Waschstoff, 45-70 cm lang

95

Knabenschürzen

mit farbigen Blenden u. Spiel-taschen

48

- Kinder-Sweater für das Alter von 2-13 Jahren **95**
- Damen-Directoirehose mit Seidenschleifen garniert **95**
- Kopf-Fichus schwarz mit farbig unterlegt **95**
- Damen-Strickwesten schwarz **95**
- Kalmuk-Unterrock braun oder blau **95**
- Damen-Golfbluse farbig **95**
- Herren-Normalhosen stark wollhaltige Qualität **95**
- Frauen-Strümpfe deutsch lang, Wolle plattiert **48**
- Herren-Stricksocken reine Landwolle **48**
- Kinder-Strümpfe Wolle plattiert Gr. 7-10 Paar **95**, Gr. 1-6 Paar **48**
- Damen-Kaschmir-Strümpfe engl. lang, einfarbig u. geringelt **95**
- Gestrickte Frauenstrümpfe reine Wolle **95**
- 3 Paar Herrenstricksocken Wolle plattiert **95**
- Herren-Kaschmir-Socken glatt schwarz u. Seide gestickt **95**

- 4 Damen-Taschentücher Seidenbatist mit farbiger Kante **48**
- Damen-Batist-Taschentüch. mit Languetten u. gestickter Ecke **48**
- 4 Buchstaben-Tücher m. eingestickt. Medaillon u. Hohlsaum **95**
- Herren-Jachtklubmützen mit Stoff- oder Lackschirm **95**
- Kinder-Südweste in Flauch u. engl. gemust. Stoffen **95**
- Kinder-Lacksüdweste in schwarz und braun **48**
- Seide imit. Ballhandschuhe 12 Knopf lang m. Fing., Filetgewebe **48**
- Damen-Suede-Handschuhe Mocha imitiert **95**
- Kinder-Handschuhe gestrickt **48**

- Leinen-Kissenplatten vorgezeichnet **48**
- Tischservietten vorgezeichnet **48**
- Leinen-Schoner vorgezeichnet grau und weiß mit Fransen **48**
- 2 Tablettdecken vorgezeichnet mit Hohlsaum **48**
- Paradehandtücher vorgezeichn. **95**
- Bettwandschoner vorgezeichn. **95**
- Waschtisch-Garnitur 5teilig mit imit. Klöppelspitze **95**
- 2 Nachttischdecken mit Applikation **95**
- Besenhandtücher grau Leinen mit Hohlsaum **95**
- Messerbestecktasche mit Flanellfutter **95**

Fertig gestickt

- Parade-Handtuch **95**
- Tischdecke handgestickt **95**
- Früchstücksbeutel **48**

Elegante

Herren-Krawatten

Selbstbinder u. Regaties, darunter schwarze reinseid. Qual. **95** **48**

Herren-Krawatten Schleifenform 3 Stück **48**

- Küchen-Wanduhr gut gehend mit bemalter Fayenceplatte **95**
- Zigarrenschrank m. Metallbeschlag **95**
- Garderobenhalter m. 6 vernick. Hak. **95**
- Schulrännel für Knab. od. Mädchen **95**
- Markt Tasche „Columbus“, verstellb. **95**
- Reisehandtasche Leder imit. **95**
- Rahmservice 4teilig **95**
- Porzell. Kaffeeservice 5teilig . **95**
- 6 Porzellan-Milchtöpfe im Satz mit Golddekor **95**
- Hartholz-Etagere mit 6 Tönnchen **95**
- Küchenbort mit 6 Gemüse-Tonnen **95**
- 6 Paar Porz.-Tassen m. Golddek. **95**
- 4 Paar Porz.-Tassen extra dick **95**
- Porzell.-Kaffeekanne Inh. 12 Tass. **95**
- Porzell.-Brotkorb durchbrochen **95**
- 3 Porzell.-Kuchenteller durchbr. **95**
- Schokolade-Kanne m. breit. Borde **95**
- Wasserkaraffe m. Glas geschliff. **95**
- Kompottschale geschliffen, groß **95**
- Käseglocke geschliffen **95**
- Sand, Seife, Soda Garnitur **95**
- Küchenlöffel Garnitur 7teilig **95**
- Wäschetrockner 10armig **95**
- Emaill.-Wassereimer 28 cm . **95**
- Emaill.-Kochtopf 24 cm Durchm. **95**
- Emaill.-Wanne weiß, 36 cm **95**
- Kaffeetank Emaillé **48**
- Kaffeekanne Emaillé **48**
- Waschbecken Emaillé **48**
- Aluminium-Kochtopf m. Deckel **95**
- Aluminium-Schmortopf 22 cm **95**
- Aluminium-Kasserole mit Stiel **95**
- Aluminium-Milchkocher **95**
- Aluminium-Essenträger **95**
- Aluminium-Auffüllöffel **48**

Von der Koalitionsfreiheit.

Zu den lautesten Schreibern nach einem Arbeitswilligkeitsgesetz und nach einer weiteren Einschränkung des schon genug beschränkten Koalitionsrechtes gehören die Mittelständler. Als Beweis für ihr Verlangen führen sie meist an, es würden heute ein Koalitionsschwund und ein erschreckender Terrorismus durch die organisierten Arbeiter ausgeübt. Wie diese Herren aber hinter dem Arbeiter herrschen: Halbet den Dieb, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von ihren eigenen Schandtaten abzulenken, das wollen wir an einigen Beispielen aus dem Fleischerhandwerk nachweisen, allwo die stärksten Kräfte nach Einschränkung des Koalitionsrechtes mit sitzen.

So wird z. B. in Berlin den Fleischergehilfen eine sonderbare Koalitionsfreiheit gestattet. Auf Beschluß der Fleischerinnung muß jeder Geselle, der auf dem Innungsnachweis Arbeit nachgewiesen erhält, erst die Erklärung unterzeichnen, daß er nicht Mitglied des Zentralverbandes der Fleischer ist. Denselben Gewissenszwang übt auch die Hamburger Fleischerinnung auf ihrem Arbeitsnachweise aus. Wer bei den Fleischermeistern und Wurstfabrikanten in Preetz (Holstein) in Arbeit treten will, muß gleichfalls einen Revers unterzeichnen, wonach er erklärt, dem Verbands nicht anzugehören und ihm auch nicht beitreten zu wollen. Dort erhalten gar die Lehrlinge eine Belohnung von einer Mark, wenn sie einen Gesellen bezeichnen können, der Mitglied des Zentralverbandes der Fleischer ist. — Die Fleischerinnung in Frankfurt a. M. beschloß in derselben Sache folgende drei Thesen: 1. Vom Sprechmeisteramt dürfen den Innungsmitgliedern keine Gesellen zugewiesen werden, die dem Zentralverband der Fleischer angehören; 2. jeder der arbeitssuchenden Gesellen muß dem Sprechmeister die schriftliche Erklärung abgeben, daß er nicht dem Zentralverband der Fleischer als Mitglied angehört; 3. jedes Innungsmitglied muß von seinem bei ihm beschäftigten Gesellen die schriftliche Erklärung verlangen, daß diese nicht Mitglied des Verbandes sind, noch beitreten, bei Meldung sofortiger Entlassung. Der Magistrat der Stadt Frankfurt a. M. hat als Aufsichtsbehörde auf die Beschwerde einiger verehrter Zentralverbändler nicht etwa diesen Beschluß aufgehoben oder mißbilligt, sondern ihm noch Sanktion erteilt. Der Magistrat erklärte als Bescheid auf die Beschwerde:

„Die Innungen können grundsätzlich ihren Mitgliedern Beschränkungen in der Annahme von Arbeitspersonal auferlegen. Ein Verstoß gegen das allgemeine Recht oder gegen die guten Sitten sei in dem Vorgehen der Innung nicht zu erblicken, insbesondere liege eine Verletzung des § 152 der Gewerbeordnung nicht vor.“

Gewiß eine sonderbare Entscheidung des Frankfurter Magistrats als Aufsichtsbehörde für das Innungswesen. Zweifellos ist es ein grober Verstoß gegen die guten Sitten, wenn der Arbeiter wegen Gebrauchs des Koalitionsrechtes mit der dauernden Ausschließung vom Arbeitsmarkt bestraft wird.

Ähnlich wie in Frankfurt a. M. geht es in Leipzig zu. Dort müssen die arbeitssuchenden Gesellen beim Innungsnachweis folgende Erklärung auf der Arbeitskarte unterzeichnen:

„Bei Annahme des umstehend näher bezeichneten Arbeitsverhältnisses erklärt der Geselle ausdrücklich, daß er nicht Mitglied des Zentralverbandes der Fleischer ist, wie er sich auch weiter verpflichtet, diesem Verbands nicht beizutreten. Sollte die vorge-

nannte Erklärung nicht auf Wahrheit beruhen, oder sollte der Geselle entgegen vorstehender Verpflichtung diesem Verbands noch beitreten, so ist der Meister ohne weiteres verpflichtet, den Gesellen ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist und ohne jede Entschädigung sofort zu entlassen.“

Wenn dies nicht der schlimmste Terrorismus und Gewissenszwang ist, dann gibt es überhaupt keinen Terrorismus. Dabei muß noch bedacht werden, daß in den bezeichneten Städten mindestens 80 % des gesamten Arbeitsmarktes in den Händen dieser Innungsnachweise liegt. Das ist nichts anderes, als ein regelrechter Raub des Koalitionsrechtes. Was würde es für ein Geschrei geben, wenn die Arbeiter einmal erklären würden: wir arbeiten nicht bei einem Unternehmer, der Mitglied der Innung oder des Arbeitgeberverbandes ist, oder wir legen deshalb die Arbeit nieder. Unsere Ordnungsstufen würden der Welt glauben machen wollen, daß alle Grundvesten der Wirtschaftsordnung vernichtet werden. Und hier raubt man kalten Blutes Tausenden die Koalitionsfreiheit und kummert sich den Teufel darum, ob der § 152 der Gewerbeordnung ausdrücklich die Vereinigung zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen gestattet.

Im Gegensatz hierzu beginnt eine haarscharfe Auslegung, wenn die Arbeiter den Arbeitsnachweis als Kampfmittel benutzen. So wurde der Fleischerverband schon zweimal zu Schadenersatz verurteilt, lediglich deshalb, weil er die Anerkennung des Verbandsarbeitsnachweises gefordert hat. Die Auslegung der Gerichte war in diesen Fällen wahrhaft kurios, aber es ging gegen eine Arbeiterorganisation, das erfährt bekanntlich das gemeine Recht eine andere Auslegung.

Die wenigen Beispiele, die sich nach Belieben noch erweitern lassen, zeigen, daß die Arbeiter gegenüber den unverschämten Schreibern viel zu bescheiden sind. Das nutzen die Reaktionen aller Schattierungen aus und gehen zur Attacke gegen das ohnehin kümmerliche Koalitionsrecht vor. Ein Beweis mehr, daß wir nicht allein den Kampf zur Erhaltung des Koalitionsrechtes, sondern vielmehr zu seiner Erweiterung führen müssen.

Aus der Partei.

Der Kampf gegen die roten Kranzschleifen ist im Dortmunder Revier wieder ausgebrochen. Während bisher bei etwaigen Anzeigen das Dortmunder Gericht regelmäßig erklärte, wer an einer roten Schleife Anstoß nehme, sei ein anomales Mensch und auf den brauche man keine Rücksicht zu nehmen, ist jetzt eine Verurteilung erfolgt. Die „hergebrachte Sitte“, wie ein anderes Gerichtsurteil das Tragen roter Kranzschleifen bezeichnet, ist auf einmal eine strafbare politische Demonstration geworden. Drei Mitgliedern der Dortmunder Genossen wurden vom Gericht zu je 15 Mk., ein vierter, der einen Schutzmann Scheusal genannt haben sollte, zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt. Der als Zeuge vernommene Polizeikommissar Bothe sagte aus, auch früher habe die Polizei Anzeigen erfaßt, aber es seien immer Freisprechungen erfolgt. Auf die Frage eines Angeklagten, ob die Geiselnahme die Polizei gedrängt habe, jetzt schärfer vorzugehen, erklärte der Kommissar, das Presbyterium der evangelischen Gemeinde habe beschloffen, rote Kranzschleifen jetzt nicht mehr zu dulden. Es sind das offenbar nicht nur die Evangelischen, die durch die roten Kranzschleifen wild werden, sondern auch die Zentrumsleute, denn die Zentrumspresse heßt am wildesten gegen diesen alten Brauch der Arbeiter. Frühere Urteile des Dortmunder Schöffengerichts und Landgerichts, sowie des Reichsgerichts haben den alten Brauch realisiert. Das jetzige Urteil erklärt ihn für strafbar. Werden die oberen Instanzen nunmehr auch eine andere Haltung einnehmen? Daß übrigens rote Kranzschleifen auch jetzt noch, ohne daß Aufregungen

und Krawalle entstehen, getragen werden können, beweist die Beerdigung der Opfer von Adenbach. Hier wurden Kränze mit mächtigen, prachtvollen roten Schleifen getragen. Weder Polizei noch Gendarmen, die in großer Zahl vertreten waren, nahen daran Anstoß und darum ging trotz der Teilnahme von vielen Zehntausenden alles sehr friedlich zu.

„Wer will unter die Soldaten?“ Die Eberfelder Staatsanwaltschaft hatte, wie bekannt, nach der vom Niederrheinischen Agitations-Komitee herausgegebene Broschüre: „Wer will unter die Soldaten?“ von Peter Binnin, in fast allen Parteibuchhandlungen des Reiches haussuchen lassen und sowohl gegen den Autor wie gegen den Verleger, Genossen Allenbaum-Eberfeld, Anklage erhoben. Nun scheint dem Gericht doch die Erkenntnis gekommen zu sein, daß es in dieser Sache keine Lorbeeren pflücken kann und deswegen ist das Verfahren sowohl gegen den Verfasser wie gegen den Herausgeber eingestellt worden. Der Staatsanwalt will indessen gegen diesen Beschluß Beschwerde führen.

Gewerkschaftsbewegung.

Städtische Streifbrechervermittlung. Die Stadtverordneten von Halle a. S. beschloßen in ihrer letzten Sitzung die Übernahme des bisher von dem Verein für Volkswohl mit städtischer Subvention betriebenen Arbeitsnachweises in städtische Verwaltung zur unentgeltlichen Benutzung für Arbeiter und Unternehmer. Die Kosten betragen nicht ganz 50 000 Mark. Sie werden von der Stadt getragen. In dem vom Magistrat vorgelegten Ortsstatut besand sich u. a. die Bestimmung, daß im Wartezimmer des Arbeitsnachweises von dem Ausbruch von Streiks und Aussperrungen durch Platanenanschlag Mitteilung gemacht werden soll, wenn die Interessenten der Verwaltung des Nachweises diese Maßregel zur Kenntnis bringen. Diese Bestimmung wurde von der reaktionären, sich aber „liberal“ nennenden Stadtverordnetenmehrheit rücksichtslos gestrichen. Für einen Antrag des Gewerkschaftsartells, neben der schriftlichen auch die mündliche Information über Differenzen festzulegen, traten nur die sozialdemokratischen Stadtverordneten ein. Auch alle übrigen Verbesserungsanträge wurden abgelehnt und so werden die 50 000 Mk. städtischer Gelder bei wirtschaftlichen Kämpfen zur Vermittlung von Streifbrechern verwendet.

Wie Gelbe geworden werden. Zu den größten Scharfmachern in Deutschland rechnen auch die Glasbarone, und allen voran steht die Firma Aktiengesellschaft für Glasindustrie vorm. Friedrich Siemens in Dresden. Die Firma besitzt eine ganze Reihe von Zweigfabriken und beschäftigt mehrere tausend Arbeiter. Die Arbeitsverhältnisse sind sehr schlecht, die Behandlung der Arbeiter läßt viel zu wünschen übrig. Unter solchen Umständen ist es nicht zu verwundern, wenn ständig Konflikte zwischen Betriebsleitungen und Arbeitern entstehen. Der Glasarbeiterverband hat die Betriebe, vor allem die in Dresden und Döhlen, seit langem gesperrt. Und da das Gebaren der Firma weit und breit bekannt ist, ist in ihren Betrieben großer Arbeitermangel vorhanden. Um diesem Uebelstand abzuhelfen, verfuhr nun die Firma durch einen gelben Fabrikverein die gewerkschaftliche Organisation aus ihren Betrieben zu verdrängen. Bisher war allerdings die Liebesmüh vergebens, denn die Mitglieder des Werkvereins rekrutieren sich nur aus Tagelöhnern; die eigentlichen Glasarbeiter, auf die es die Firma abgesehen hat, bleiben ihrer Organisation treu. Um nun aber auch diese zu fangen, will es sich die Firma etwas kosten lassen. An die Arbeiter wurde folgendes Zirkular verbreitet: „Dem Werkverein sind bereits über 200 Mitglieder beigetreten. Alle noch ausstehenden Kollegen, welche es satt haben, sich noch weiterhin dem schädlichen roten Terrorismus zu fügen, und welche die Wahrnehmung ihrer Interessen in der friedlichen Verständigung mit der Firma erblicken, werden aufgefordert, sich bis zum 31. Januar 1914 anzumelden. Alle diejenigen, welche nach dem 31. Januar eintreten und bisher noch keiner Organisation angehört haben, müssen eine Parteizeit von 52 Wochen durchmachen, während diejenigen, welche bis 31. Januar eintreten, schon nach 13 Wochen in den Genuß der Leistungen kommen. Diejenigen Kollegen, welche Unterstützungsansprüche an die roten Organisationen haben und durch Abgabe der roten

Die Honoratiorentochter.

Eine Erzählung von Edmund Hofer.

(42. Fortsetzung.)

Von Nichttrauen war nach solchen Worten und nach solcher Weise keine Rede, und Anna hatte schweigend die Hand der früheren Nachbarin gebrückt. Sie erzählte dann von derselben die weiteren auf diese widerwärtige Angelegenheit bezüglichen Vorgänge, welche bisher ihr verborgen geblieben waren, wie auch in der Stadt nichts davon verbreitet hatte. Die Begegnungen zwischen Vogelsberg und den beiden spottenden Kameraden hatten zum Nachteil der letzteren stattgefunden. Hamilton hatte Wochen lang an einer schweren Armwunde zu laborieren gehabt — wie wir bei einem Blick zum Tische des Kommandeurs hinüber blickten, ruht dieser nun noch jetzt in einer Binde, und der Hauptmann ist auch in bequemer Interims-Uniform mit aufgetrenntem Wermel — und Freizeit lag noch jetzt darnieder, während Vogelsberg selber, unverletzt, schon versetzt und in seine neue Garnison abgegangen war. Der Major hatte dafür gesorgt, daß dieses alles nicht außerhalb des Kreises der nächsten Kameraden bekannt wurde und daher auch ungeahndet blieb.

Den herzlich angebotenen Umgang mit Lucie nahm Anna zwar freundlich an, um so mehr, da auch Richard die lebenslustige Frau mit milderen Augen zu betrachten gelernt, allein bisher war nur wenig daraus geworden, denn Annas Gesundheit war noch so schwach und ihre Kräfte so angegriffen, daß ihr Zustand noch immer die höchste Sorgfalt und Schonung beanspruchte und die pflegende Mutter sie erst vor einigen Tagen verlassen hatte.

„Der Umzug ist, wenn auch der Arzt damals nichts dawider hatte, vollends in dem schlechten Sommer, doch zu zeitig gewesen“, sagte Richard zu seinen oben angeführten Worten hinzu. „Wir müssen nun sehen, wie ihr dieser erste Ausflug bekommt.“

„Warum kommen Sie so spät?“ fragte Lucie in bedauerndem Tone. „Hätte ich Sie schon hier gefunden, so wäre ich bei Ihnen geblieben. Nun sitze ich fest.“ Und sie ließ etnen kalten Blick zu dem Tische ihrer Gesellschaft hinübergleiten.

„Wir waren schon versagt“, erwiderte Anna; „Herr von Berg wollte uns heute nachmittag in seinem Garten, dann, das Wetter so schön wurde, hier an seinem Tische haben.“

„Gefällt Ihnen Amalie jetzt? Nur danach frage ich, denn ich kenne sie kaum. Der alte Herr ist, wenn er will, charmant“, sagte Lucie.

„Ja, sie gefällt mir sehr“, gab Anna zur Antwort. „Sie ist so gebildet und so einfach, und dabei viel wärmer und zugänglicher, als ich früher von ihr geglaubt und als die meisten von ihr annehmen mögen. Sie macht freilich leicht einen anderen Eindruck.“

„Sie dürfen aber nicht länger stehen“, sprach Lucie freundlich, und indem sie Annas Hand auf's neue ergriff und warm drückte, wandte sie ihr bezauberndes, fast schelmisches Lächeln Richard zu und redete weiter: „Nun, Herr Advokat und gestrenger Gatte, erlauben Sie's der kleinen Frau hier — die muntere Sprecherin war nicht nur kleiner, sondern auch viel zarter und schmächtiger, als diejenige, von der sie redete — daß sie jetzt sich auch einmal in mein unwürdiges Haus — in die Löwenhöhle wagt?“

Richard verbeugte sich lachend. „Oho, gnädige Frau“, sagte er mit seiner ganzen früheren Sorglosigkeit und neckenden Heiterkeit, „was trauen Sie mir zu? Wissen Sie denn noch nicht, daß mit unserer neuen Wohnung meine Frau auch zugleich das Regiment übernommen hat und mich fürchtbar unter dem — Pantoffel hält? — Aber sie hat's leicht, ich füge mich gern.“

„Bravo!“ rief die hübsche Frau lachend; „so ist's recht! — Also auf Wiedersehen!“ Und sie ging nach herzlichem Gruß zu ihrem Tische zurück, während die Gatten sich einem der nächsten zumandten, von dem ihnen der Oberst Berg jetzt freundliche Worte zurief und Amalie zur herzlichsten Begrüßung entgegentrat.

Das junge Mädchen hatte dem Wunsche des Vaters nachgegeben und sich der Frau, welche ihr bis dahin so fern wie möglich gestanden, nach ihrer Genehung so weit wenigstens genähert, daß sie zu erkennen vermochte, ob ein genauerer Verkehr zwischen ihnen möglich sein würde. Denn einen solchen hatte der Oberst bekanntlich gewünscht und war auch selber mit seinem Beispiel Amalien vorangegangen. „Mein Kind“, hatte er gesagt, „gerade wie wir einmal angesehen werden — man heißt dich ja stolz und exklusiv, während du nach meinem Wunsch und deiner eigenen Einsicht ja nur vor dem albernem und fragenhaften Getreibe zurückweichst, wie es in Waldberg hier und da für Vornehmheit ausgegeben wird, und dir die betreffenden Menschenkinder vom Leibe hältst — gerade wie wir angesehen werden, sind wir am ersten imstande, dem jungen Frauchen durch unseren Umgang das

zu geben, was sie braucht — eine eklatante Ehrenerklärung und einen frischen, guten Halt in der Gesellschaft. Ich hab's schon sonst gesagt, ein bedeutender Teil ihres bisherigen, aufgenötigten Umganges ist wirklich nichts für die hübsche und lebenslustige Frau, und der sonst so verständige Mann hat ihr damit zu viel zugemutet. Er kennt diese Damenkreise ja auch kaum, sondern eigentlich nur die dazu gehörenden Männer, wo denn immerhin schon frischeres Blut. Wie die Menschenkinder einmal sind, fürcht' ich fast, sie könnten am Ende vor der armen kleinen Frau leicht zurückweichen. Gerade weiß sie nicht wissen, was man ihr nachzulagen hätte, haben sie einen unmenschlich weiten Kreis zur Nachrede vor sich. Zeigen wir aber, daß wir die beiden Menschen für würdig halten, gerade jetzt in unseren Kreis einzutreten, so wird das, denkt ich, von guter Wirkung sein. Und glaube mir, mein Kind, wir werden nicht bereuen. Die Frau hat's in sich“, fügte er hinzu. „Es bedarf nur, daß jemand ihr Mut und Gelegenheit gibt, das Innere herauszuföhren, und selbst Verstand und Billigkeit genug besitzt, das Hervortretende zu regeln und in die rechte Bahn zu leiten.“

Ebenso hatte Richard zu seiner Frau gesagt: „Der Oberst hat mir mitgeteilt, daß er dir morgen seine Tochter herbringen werde, die dich kennen zu lernen wünsche. Nimm sie ohne Vorurteil auf, kleines Weib! Ich weiß es längst und habe es neuerdings auch von Traugott gehört, daß sie die Tochter des Alten, ein lebenswürdig Kind. Und vergiß es nicht — es ist unweigerlich eine der ehrenwertesten Familien weit und breit, und du kannst sicher sein, daß dir, wenn du mit ihnen verkehrt, schon deshalb weder Ungehörigkeit noch Ungezogenheit sich zu nahen mag.“

Und Anna war nicht nur fügsamer und vertrauensvoller gegen den Gatten geworden, was gesehen war, hatte sie auch — was uns nicht als selbstam ersahnen darf — dahin geführt, daß sie sich mit klaren Augen umzusehen und die Dinge und Menschen in richtigerem Lichte zu sehen begann. Und da sie nun mit Amalien zusammentraf und das junge Mädchen, wo nicht herzlich und warm, doch freundlich, offen und ohne alle Ansprüche saß, konnte es nicht ausbleiben, daß sie auch selbst ihm williger begegnete und sich offener hingab. Beide fanden Geschmack aneinander, und bald sagte die eine dem Gatten und die andere dem Vater, daß sie durch diesen neuen Umgang erfreut werde.

„Nun, kleine Frau, willkommen! Sehen Sie — nur ein wenig Courage, und es geht!“ rief der Oberst Anna entgegen und bot ihr freundlich die Hand. „Sie bleiben ja wie eine

Verbandsbücher nachweisen, daß sie aus dem roten Verband in den Werkverein übertritten, kommen sofort in den Genuß der Unterstützungen. — Als Verleger dieses am Donnerstag beschriebenen Hefens zeichnet ein Herr Franz Körg-Berlin. Die gelbe Hefenfabrik übernimmt also Organisierte mit vollen Kräften. Bieleicht will die Siemens-Gesellschaft den Glasarbeiterverband von den vielen Maßregelungsunterstützungen befreien, die er an Mitglieder zu zahlen hat, die die Siemensfirma aufs Maßler gesetzt hat. Die Glasarbeiter an allen Orten werden es sich jetzt erst recht zur Ehrenpflicht machen, unter allen Umständen die Betriebe in Dresden und Döhlen zu meiden, bis die Firma menschenwürdige Verhältnisse in ihrem Betriebe schafft.

Einschüchterung von Angestellten. Sehr hoch sind die Gewinne der Versicherungsgesellschaften, sehr niedrig dagegen die Gehälter ihrer Angestellten, soweit nicht gehobene Posten in Frage kommen. Die Gesellschaften haben daher allen Grund, die „Höhe“ der Gehälter der Dienstlichen vorzuenthalten. Aber nicht nur das. Sie wollen auch verhindern, daß ihre Angestellten erfahren, wie „hoch“ die einzelnen Kollegen bezahlt werden. Es wäre zu peinlich, wenn der eine vom anderen erführe, daß dieser und jener 5 Mark oder 10 Mark im Monat mehr verdient, und der geringere Entlohnung dadurch zu einer Gehaltsforderung veranlaßt würde. Gehaltsforderungen sind verboten! Wir warnen Neugierige! Deshalb erging bei der „Concordia“ folgender Ukas an die Angestellten:

Concordia Köln, 21. Nov. 1913.
Köln. Lebens-Verf.-Ges.
Wir ersuchen Sie, davon Kenntnis zu nehmen, daß wir künftig jeden Beamten entlassen werden, der auf irgend eine Art einem andern Beamten unserer Gesellschaft über die Höhe seiner Gehaltsbezüge Kenntnis verschafft.

Das Gehalt wird künftig am Ende eines jeden Monats jedem Beamten im Zimmer 4 des ersten Obergeschosses in besonderem Briefumschlag ausgeschrieben werden. Ueber die Zeit der Aushändigung wird den einzelnen Abteilungen gesondert Mitteilung gemacht.

Concordia Leb.-Verf.-Ges.
gez. Zenden. gez. Senjel.
Von Vorstehendem habe ich Kenntnis genommen.
Unterschrift des Angestellten.

Zur Beleuchtung dieses Einschüchterungsverfahrens genügt es, darauf hinzuweisen, daß die „Concordia“ im letzten Jahre einen Gesamtgewinn von 3.881.829,35 Mk. erzielt hat. Den Privatangeestellten gegenüber kann sich das Kapital solche Dreifachheit schon erlauben, weil ihre großen bürgerlichen Organisationen eben jede Interessenwahrnehmung vernünftigen lassen.

Internationales. England. Die Londoner Bauarbeiter hatten auf Grund des Versicherungsgesetzes Arbeitslosenunterstützung verlangt, da ihre Arbeitslosigkeit nicht durch ihr eigenes Verschulden herbeigeführt worden sei. Die Versicherungsbehörden aber haben diese Ansprüche abgelehnt. Am Mittwoch fand die Versammlung der Arbeitgeber der elektrischen Industrie statt, um über die Forderungen der Elektriker zu entscheiden. Sollten diese abgelehnt werden, ist mit einer weiteren Ausdehnung des Kampfes, dem sich inzwischen auch die Wäbelpolierer angeschlossen haben, zu rechnen.

Der Lehrersstreik in der englischen Grafschaft Hereford wird mit allen gewerkschaftlichen Mitteln geführt. Alle beschriebenen Schulen werden von den Streikposten im Automobilschein und Arbeitswillige nach Möglichkeit mitgenommen. Als Arbeitswillige springen an vielen Orten die Geistlichen ein. Die Kinder, besonders die Mädchen, sind meist auf Seiten der Streikenden und weigern sich, den Streikbrechern zuzuhören, so daß die Schulen trotz der vorhandenen Arbeitswilligen wieder geschlossen werden mußten.

Frankreich. In Roubaix sind mehrere tausend Schichtarbeiter aushändig geworden, weil einige Kollegen gemaskert worden waren. 17 von den 39 Fabriken haben die bei der Gelegenheit von den Arbeitern gestellten Forderungen bewilligt, doch ist vereinbart worden, daß für die Zukunft eine Mindestproduktion vorgeschrieben werden soll auf Grund der Leistungen einiger von beiden Seiten ausgewählter Arbeiter.

Schweiz. In Grenchen werden Ende dieser Woche 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen der Uhrenindustrie infolge eines Ausparierungsbeschlusses des Unternehmerverbandes arbeitslos, und zwar weil vier Decoupagearbeiter, die mit ihrem schlechten Verdienst unzufrieden waren und daher Stücklohn verlangten, die Arbeit niedergelegt haben.

Rote und beschämten ja alle unsere Damen durch Ihr Aussehen.

Sie hatte sich gegen den Auszug, wie ich selber eigentlich gegen jeden Auszug, lange gestäubt. Sie schaute das erste Wiederanstreuen unter den Menschen, weil sie von mehr als einer Seite eine neugierige Beobachtung fürchtete, trotz allem, was Richard, was der Oberst und Amalie und andere Freunde des Hauses beschwichtigend eingewandt, was sie bei einigen Ausgängen auch selber erfahren, und was sie auch heute und hier zu bemerken hatte. Denn man sah sie wohl an und ihr nach, allein es waren sich nur fremdliche Blicke, und von allen Seiten her, wo irgend Bekannte saßen, erhob sich im Übermaß zögernde und zugerufene Grüße und Glückwünsche.

Der Oberst hatte wohl recht zu seinem Vergleich und zu seinen trübendigen Bemerkungen über die, wie sie jetzt mit sanftem Lächeln und ruhigen Blicken so anmutig vor ihm stand, dann neben Amalien Platz nahm, so anstehend, so holdselig, wie der alte Herr sie noch als kleines Mädchen zu haben meinte. Seit wurde Traugott ihre Erwähnung nicht durch eine jähliche Forderung gestört haben, und sie würde auch niemand anders als durch ihre mütterlich begreifliche hervorragende Schönheit und Anmut aufgeweckt sein. Denn ihre Kleidung war einfach, aber herkömmlich, und die Größe der leichten Sommerkleider und das sehr schmale Strickbündel ließen die natürlichen Reize der Gestalt und des Gesichts zur ungehörten, fast jetzt auch unbedeutendsten Wirkung gelangen.

„Wie eine Kugel“ wiederholte der Oberst mit freudlichem Blick auf das allerbildlichste schimmernde Gesicht Amalias, und da Richard lachend meinte: „Nun, Herr Oberst, Sie werden das Schöne natürlich mit Ihren Reminiscenzen; die Frau Gemahlin wird den armen Traugott von Mann jetzt gar nicht mehr ansetzen, der von so vielen Worten nichts weiß!“ — „Ist der alte Herr gut gelautet?“ — „Ja, Mann, so leicht'schön, bevor noch andere das sagen, als ich alter Herr, der ich für Vater und Gespanner sein konnte, und es vor der kleinen Dame und vor Euch so oft wiederhole, wie Ihr's hören mögt: daß Ihr ein hübsch glücklicher Mensch seid und eine ganz tolle, wie Ihr es gar nicht so häufig und gut verdient.“

Richard hat nach einem lächelnden Nicken gegen den Obersten seine Hand über den Tisch hinweg und sagte mit innigem Blick: „Aber, Frau Corona, Ihr doch? — Ob ich das nicht erkenne und ob ich nicht glücklich bin!“ Sie erwiderte den Blick mit einem gleich innigen, aber sie sagte nicht mehr.

In Basel streikten die Metallarbeiter eines Betriebes, weil sie sich keine Arbeitszeitverlängerung gefallen lassen wollten; es wurden durch Berliner Agenturen 50 Streikbrecher geliefert, die unter polizeilicher Bedeckung von der Grenze bis zur Grotte geschickt wurden. Der Vorstand des Polizeidepartements in der baselstädtischen Regierung ist Genosse Dr. Blocher, der jedoch die entscheidenden Befehle zur „Sicherung“ der Streikbrecher nicht gegeben hat, im Gegenteil jeden Schutz über das ihn verpflichtende gesetzliche Maß hinaus versagte. Er war etliche Tage amtsabwesend und sein Stellvertreter, ein konservativer Regierungsrat, erstlich den Befehl zur polizeilichen Eskortierung der Streikbrecher. Genosse Blocher ist nun nach dem recht merkwürdigen Ehrenkodex der Regierungsräte — die sogenannte Wahrung der Autorität der Regierung nach außen durch formelle Einigkeit — gezwungen, diese von ihm absolut nicht gebilligte Haltung der Polizei, die ein anderer angeordnet hat, parlamentarisch zu verteidigen und zwar bei der Abwehr einer sozialdemokratischen Interpellation. Die Interpellationsdebatte zeigte das peinliche Bild, daß ein sozialdemokratischer Regierungsrat gegenüber sozialdemokratischen Interpellanten von ihm innerlich nicht gebilligte Maßnahmen seines konservativen Vertreters verteidigen mußte und sich ein — Mikrovotum holte. Wer sich Mühe gibt, die staatsrechtliche Situation zu erforschen, wird die Situation begreifen, die Arbeitermassen begreifen sie aber nicht. Der Begriff der vielgerühmten Solidarität der Gesamtregierung scheint doch im Zeitalter verschärfter Klassenkämpfe allgemach sinnlos zu werden.

Soziales.

Geld im Ueberfluß. Die Reichsbank beschloß am Donnerstag, den Diskont von 4½ auf 4 Prozent herabzusetzen. Das ist in diesem Jahre die zweite Ermäßigung des Reichsbankdiskonts. Am 22. Januar erfolgte die erste Ermäßigung von 5 auf 4½ Prozent. Seit September 1911 ist der Diskont nie so niedrig gewesen. Die aber Geld gebrauchen, bekommen trotz des Ueberflusses nichts.

Die Krankenfürsorge für Landarbeiter in Ostpreußen. Die Landwirtschaftskammer für Ostpreußen hat für die Landkrankenfälle gewisse Richtlinien aufgestellt, wie die Versicherung gehandhabt werden soll. Tendenz dieser „Richtlinien“ ist, den Landarbeitern so wenig als möglich von der Krankenversicherung zugute kommen zu lassen. Es wird gewarnt, die Haushaltungsangehörigen des Versicherten in die Fürsorge einzubeziehen. Man solle nur ausnahmsweise dazu schreiten. Das Gesetz werde mit dieser Beitragspflicht der Arbeiter neue, unerwünschte Beunruhigungen in den Landarbeiterverhältnissen herbeiführen. Deswegen könne auch nicht der Rat erteilt werden, zwei Drittel der Beiträge von Arbeitern einzuziehen und eine entsprechende Lohnerhöhung zu gewähren. Für die Arbeiter mit Jahrestraktat, die Deputat erhalten, für das Gesinde und für die Scharwerker empfehle sich vielmehr Ermäßigung der Beiträge unter Wegfall des Krankengeldes gemäß § 420 der Reichsversicherungsordnung. Denn auch der Bezug von Krankengeld, dem ein Abzug entsprechender Teil der Naturalbezüge gegenüberstünde, würde zu unerträglichen Streitigkeiten Anlaß geben. Der Effekt dieser „Richtlinien“, wenn sie befolgt werden, würde also sein, daß die Angehörigen ohne jede Krankenfürsorge bleiben, daß die Landarbeiter während ihrer Krankheit weiter nichts erhalten, als Naturalien im Werte des Krankengeldes. Da das Krankengeld auf dem Lande besonders niedrig ist, sind natürlich auch die Naturalien sehr gering bemessen und die Folge wird bitterstes Elend während einer längeren Krankheit sein. — Die Landwirtschaftskammer ist auch ungehalten, daß den größeren Gutsbetrieben ersichert wird, aus den Landkrankenfällen auszutreten. Wenn sich die Kassen auch hier noch fügen, dann wird sich der „Segen“ der Krankenfürsorge für die Landarbeiter unter den Händen der ostpreussischen Junker bald verflüchtigt haben.

Der Widerstand gegen die Dienstbotenversicherung hat in Berlin einen Erfolg zu verzeichnen. Die „Herrschaffen“ empörten sich besonders über die hohen Beiträge, die sie für ihre Dienstboten an die Allgemeine Ortskrankenkasse zahlen sollten. Das Versicherungsamt der Stadt Berlin ist nun den Beschwerden entgegengekommen und hat eine Revision des Wertes der sogenannten Sachbezüge (Wohnung und Kost der Dienstboten) vorgenommen. Diese Revision hat dann das von den Herrschaffen gewünschte Ergebnis gehabt, daß die Krankenkassenbeiträge von 43,20 Mk. auf 28,80 Mk. ermäßigt wurden. Diese Ermäßigung ergibt, wenn sie auf richtigen Voraussetzungen beruht, daß die Löhne und die Naturalverpflegung der Dienstboten natürlich viel weniger hoch sind, als man ursprünglich angenommen hatte; für die

„Hat Ihnen der Doktor was von seinem Kommen geschrieben?“ fragte der alte Herr nach einigen gleichgültigen Gesprächen, indem er sich an Richard wandte. Und als dieser meinte, daß er zwar keine neueren Nachrichten habe, den Freund aber doch wohl in den nächsten Tagen erwarten könne und sein Zimmer parat halte, Traugott sei ein Freund von Uebertragungen. — „So fuhr Berg launig fort: „Dah' mir das wohl gedacht. Denn mir — oder vielmehr uns — schrieb er: er könne den Tag nicht bestimmen, werde aber da sein, so bald es ihm möglich.“

„Aus?“ wiederholte Richard in fragendem Tone, und sein Auge floh mit fast schelmischem Lächeln zu Amalien hinüber.

„Lassen Sie sich darüber nur von meinem Vater Aufklärung geben,“ sagte das Mädchen, indem es sich errötend erhob und mit der gleichfalls aufstehenden Anna langsam vom Tisch fort in den Steig hinein ging, der sich hier ganz nahe in die begrenzte Waldpartien hinein öffnete. Sie waren nicht die einzigen Lustwandlenden, im Gegenteil gingen jetzt, wo der Kaffee getrunken war, manche in den Wegen umher, deren Schatten nach der Wärme des sonnigen Plages willkommen genug sein mußte, und die Kinder trieben mit Jubel allermögl. zwischen den alten Bäumen und dichten Büschen ihre lustigen Spiele.

Das junge Mädchen hatte den Arm in den ihrer Begleiterin geschoben und wandelte schweigend neben ihr hin. „Ich habe seit kurzem ein Geheimnis vor Ihnen gehabt,“ sprach sie nach einer Pause nicht unbefangen, allein sie lächelte kaum dazu. „Ihres Mannes Freund, der Doktor Otten, wissen Sie, wurde damals im Frühling sehr bekannt bei uns und ist seitdem mit dem Papa im Briefwechsel geblieben. Er hat ihm sehr wertvolles und Schönes für seine Sammlungen geschenkt. Und neulich — hat er auch an mich geschrieben, und ich — letzte Sie nodend hinzu — habe ich denn auch darauf geantwortet.“

„Anna drückte den weißen Arm fester an sich. „Es ist gewiß ein vornehmer Mann,“ versetzte sie ernst, „und ich neue mich auf sein Wiederkommen, da ich damals in all dem dortigen Treiben so wenig von ihm gehört und ihm sehr unliebenswürdig erschienen sein mag. — Haben Sie sich leicht entschlossen, liebe Amalie?“ Die junge Frau konnte sich, wie man hört, noch nicht von allem losmachen, was früher in ihrem Kopfe gepult, und wie wir es leider häufig in unserer heutigen Gesellschaft merken können, geriet ihr die unangenehme Erinnerung eines Namens leiser, als die gute Erinnerung. (Schluß folgt.)

Dienstboten würde daraus die Pflicht erwachsen, daß sie aller Energie für eine Erhöhung ihrer Bezüge eintreten müßten.

Mißernte in Japan. Während die Missernte für ganz Japan im Durchschnitt bedauerlich ausgefallen ist, haben die sechs nördlichen Provinzen der Hauptinsel eine Missernte gehabt, deren Folgen sich jetzt bei Einbruch des Winters stark fühlbar machen. Im ganzen sind hier nur 40—70 Prozent einer normalen Ernte eingebracht. Der Ausfall wird etwa auf 2½ Millionen Koku = 4½ Millionen Hektoliter geschätzt. Da außerdem auch die anderen Feldfrüchte gelitten haben, ist der Schaden hoch zu veranschlagen. Sind doch schon im allgemeinen die Lebensmittel nach Berichten japanischer Parteigenossen in den letzten Jahren kosollal in die Höhe gegangen. Während 1900 der Koku Reis im Großhandel etwa 11,22 Yen kostete (1 Koku = 180 Liter, 1 Yen = 2,10 Mark), kam er 1907 auf 16,02, 1908—1912 auf 13 bis 15 Yen, 1912 aber schon auf 17,29, im Oktober auf 22,70 und im Dezember gar auf 23,10 Yen, der höchste Preis, der bis dahin gezahlt worden ist. Wenn Europäer heute den Koku mit mindestens 15 Yen veranschlagen, so dürften in den Gegenden der Missernte zum mindestens wieder die Teuerungspreise des Winters 1912/1913 herrschen. Die Not soll in den betreffenden Gebieten schon jetzt soweit gestiegen sein, daß die Bauern zu Nahrungsmitteln greifen, die sonst nur den Tieren als Futter dienen. Die typischen Begleitererscheinungen solcher Notlagen beginnen bereits, sich fühlbar zu machen. Insbesondere die Auswanderung aus den betreffenden Gebieten. Ferner überlassen viele Bauern ihre Kinder an Unternehmer, die sie nach der Großstadt bringen, um sie dort an Fabriken abzugeben oder an Leihhäuser zu verkaufen. Die japanischen Behörden versuchen, wie die deutsche Regierung in den „Nachrichten für Handel und Industrie“ berichtet, natürlich der Not zu steuern. Den Lokalbehörden ist gestattet worden, ihre Notstandsfonds anzugreifen, zur Unterstützung und zur Beschaffung von Saatgut. Doch gleich muß der Bericht fortfahren: „Die finanzielle Macht der Lokalbehörden ist aber äußerst gering, und sie haben die Zentralregierung mit der Bitte um niedrig verzinsliche Darlehen angegangen. Die Regierung, die zurzeit noch mit der Prüfung der Frage beschäftigt ist, wird diesen Anträgen voraussichtlich in einem gewissen Umfange (!!) stattgeben, obwohl dies bei der japanischen Finanzlage eine unliebsame Mehrbelastung des Staatsbudgets bedeutet.“ Das sicherste Mittel, der Hungersnot entgegenzuarbeiten, wäre Abschaffung der Einfuhrzölle auf die wichtigsten Nahrungsmittel und billiger Masseneinkauf von Reis aus dem Ausland auf Kosten des Staates. Aber die finanziellen Lasten, die dem Lande durch den Krieg mit Russland aufgebürdet sind, würden wohl kaum den Verzicht auf die Zölle erlauben. Daher wird wohl die japanische Regierung, wie wir sie nach den Berichten unserer Parteigenossen einschätzen, dem japanischen Volke kaum mehr als Prüfung und Erwägung von ganz ungenügenden Maßnahmen bieten. In Sozialistenverfolgungen und Ausplünderung der Taschen der Arbeiter und Bauern mittels Steuern und Zöllen eifert Japan bekanntlich mit großem Eifer dem ersthabenen preussisch-deutschen Vorbilde nach.

Aus der Jugendbewegung.

Reichsverband und Jugendbewegung. Die sozialdemokratische Jugendbewegung war dem Reichsverbandsgeneral Liebert wichtig genug, mitten aus dem Wahlkampf am 14. sächsischen Wahlkreise wegzulaufen und eine Versammlung selbst zu leiten, die am Dienstagabend im Künstlerhaufe in Berlin stattfand. Der Kavallerie-General Frhr. v. Bissing, der bekannte Revolutionsstratege, der seinerzeit einen Plan zur Niederwerfung des Volkes in etwaigen Straßenkämpfen ausarbeitete, hielt einen Vortrag über den Einfluß der sozialdemokratischen Organisation auf die Erziehung der Jugend. Vortrag, Diskussion, die Einleitungs- und Schlusssätze des General Liebert waren durchaus pessimistisch gestimmt. Seit den „unglücklichen Wahlen“ von 1912 wäre die Lage geradezu hofflos. Die kleinen Erfolge der bürgerlichen Jugendbewegung seien auch durchaus unbefriedigend. Man wolle auf die Jugend der armen Leute einwirken und sie zur Zufriedenheit „erzuchtigen“, und gerade an diese Jugend komme man nicht heran. Die Zentralstelle für die arbeitende Jugend und das Blatt der sozialdemokratischen Jugend leistete gegenüber der bürgerlichen Jugendorganisation Vorzügliches. So bliebe nichts übrig als auf den Zusammenschluß der bürgerlichen Jugendbewegung hinzuwirken und dafür zu sorgen, daß unter keinen Umständen der § 17 des Reichsvereinsgesetzes falle, denn nur mit dieser gesetzlichen Einrichtung könne man die sozialdemokratische Jugendbewegung niederhalten. Trostlos wie die ganze Stimmung dieser reichsverbändlerischen Versammlung war, ging man auseinander.

Aus Nah und Fern.

Das Befinden der beiden Zentrumsabgeordneten Hebel und Pütz, die von einer Autodroschke überfahren wurden, ist noch immer sehr ungunstig; namentlich gibt das Befinden des Pfarrers Hebel noch zu Besorgnissen Anlaß. Doch hoffen die Ärzte, beide am Leben zu erhalten. Die Zentrumsfraktion des preussischen Abgeordnetenhauses interpelliert die Regierung, welche Maßnahmen die Staatsregierung ergreifen will, um derartige Unfälle zu verhüten.

Hochwasser. Die milde, mit Niederschlägen verbundene Witterung der letzten Tage rief im Flußgebiete der Weimel und ihrer Ausläufe erneutes Hochwasser hervor, das nach den vorliegenden Nachrichten namentlich in den Kreisen Memel und Hedeberg einen großen Umfang angenommen und viel Schaden verursacht hat. Mehrfach wird über Eisverstopfungen in den Flußläufen berichtet, die den Abfluß des Wassers verhindern, so daß dieses die Weiden und Felder in weitem Umkreise überflutet hat und in die Häuser der Anlieger eingedrungen ist. Eisbrecher sind tätig, um die Stopfungen zu beseitigen. Die Winterarbeiten der betroffenen Gebiete dürften teilweise vernichtet sein. Auch aus anderen Gebieten der Niederung werden Ueberflutungen gemeldet. Man rechnet mit dem baldigen Fallen des Wassers.

Fruchtbares Familiendrama. Donnerstag früh gegen 4 Uhr fanden Schutzleute in Giechen auf den Schienen der Eisenbahn den Ruffiker Lehmann mit a bgefahrenen Beinen auf. Man brachte ihn ins Krankenhaus und schickte dann nach seiner Wohnung. Diese war verschlossen und mußte gewaltsam geöffnet werden. Die Eintretenden fanden die Frau Lehmanns und ihre vier Kinder in großen Blutlachen tot auf dem Boden liegen. Neben der Leiche der Frau lag ein Beil, mit dem sie vor ihrem Mann erschlagen worden war. Im Nebenzimmer fand man ein blutiges Messer, mit dem Lehmann seinen vier Kindern die Gurgel durchgeschnitten hatte. Auf einem Tisch wurde ein längerer Brief vorgefunden, der aufsehend nach Verübung der Tat von Lehmann mit blutiger Hand geschrieben worden ist; aus ihm geht hervor, daß Lehmann wegen unglücklicher Ehe sich und die Familie aus der Welt schaffen wollte; er hatte Zwangsfeiern mit seiner Frau, weil zwei Kinder aus seiner ersten Ehe da waren. Lehmann ist gestern früh gestorben.

Ein jugendlicher Mörder. In Essen hat ein dreizehn-jähriger Schüler einen zwei Jahre jüngeren Kameraden während eines Streites beim Fußballspiel mit seinem Taschenmesser erstochen. Der Mädele starb nach wenigen Minuten.

Biel auf dem Kerbholz. Hinter dem Amtsdirektor Habl in Franzensbad wurde ein Steckbrief vom Kreisgericht Eger erlassen. Zur Last gelegt werden dem Geflüchteten u. a. Veruntreuung, Mißbrauch der Amtsgewalt, Giftmord und Anstiftung zum Giftmord. Von Habl hat man keine Spur. Seine Begleiterin, Frau Dr. Diesl, die mit ihm in Zürich gewesen ist, ist nach Franzensbad zurückgekehrt. In ihrer Wohnung wurde eine Hausdurchsuchung vorgenommen.

Der betrogene Betrüger. Als im verflossenen Jahre nach allerlei Fährnissen endlich die patriotische Tat des Wehrbetragers unter Dach und Fach gebracht war, klang es in allen Tonarten aus dem bürgerlichen Blätterwald: Einmal, aber beileibe nicht wieder! Über selbst von dieser einmaligen Steuer sucht man sich — es geht auch — soviel wie möglich zu drücken. Von einem, bei dem es fast ganz gelungen wäre, wird folgende ergötzliche Geschichte erzählt: Einem Hofbesitzer in der Nähe von Duderstadt, sonst einem braven Patrioten, hatte es die Opfersteuer angefallen. Um sich nach Möglichkeit davon zu befreien, hob er auf der Duderstädter Kreisparakasse seine baren Kapitalien ab, um sie erst nach der Steuererklärung bei passender Gelegenheit wieder einstragend anzulegen. Von diesem pfiffig ausgeheckten Plan hatten aber noch pfiffigere Gauner Wind bekommen. Dieser Tage statten sie dem von Steuerfragen schwerbedrückten Patrioten einen nächtlichen Besuch ab und maunten ihm annähernd 1000 Mk. in Gold- und Silbermünzen. Eine ungleich größere Summe in braunen Lappen ließen die Spitzbuben als vorläufige Leute zurück. Dem braven Landwirt aber bleibt neben dem Schaden noch der Spott. Noch lange wird er an das Opferjahr tränenreichen Auges zurückdenken. Denn es ist nur ein schwacher Trost, zu wissen, daß die ehle Junst der Spitzbuben mit einem erschrecklichen Betrag zur Wehrsteuer veranlagt werden müßte, wenn es allen Steuerdrückbergern gleichen Raubers ebenso ergangen wäre.

Zwei Mädchen beim Eislauf ertrunken. Bei Langenbrunn im Mügltal (Baden) hat sich auf einer Schlittschuhbahn ein schweres Unglück zugetragen. Dort brachen auf dem Eise eines Kanals zwei achtzehnjährige Mädchen namens Nina Künzel und Lucia Friz ein und ertranken.

Der schiefwulstige Major. Der Major a. D. Schäfer in Zabern, der seit Jahren immer in Zivil in Zabern unherging, aber in den letzten Tagen wieder die Uniform anzog und außerdem von der Polizei einen Waffenschein haben wollte, um sich gegen die bösen Zaberner zu schützen, hat dem Vorstand des Zaberner Zivilkassinos jetzt eine Forderung auf Pistolen zugehen lassen. Charakteristisch ist, daß dem Zivilkassino beinahe nur albedeutliche Herren angehören.

Verbot eines französischen Vortrages in Straßburg. Vom Straßburger Bezirkspräsidium wurde ein auf nächsten Freitag angelegter französischer Vortrag, den der Auslandsredakteur der Pariser Zeitung „Le Temps“ über den „Reichsverband, seine Vergangenheit und Zukunft“ halten wollte, ohne Angabe von Gründen verboten. — Nun kommt wieder die

Meldung, daß dieser Tage in Straßburg ein Postkist in einem Pavierladen erschien und den Inhaber aufforderte, ein paar Bilder mit französischen Soldaten aus dem Schaufenster zu entfernen. Der Inhaber machte den Schutzmann darauf aufmerksam, daß diese paar Franzosen unter der Menge der anderen Soldaten kaum auffallen dürften; aber der Schutzmann verlangte, daß die abgebildeten französischen Soldaten entfernt werden müßten.

Brennender Dampfer. Der Daily Telegraph meldet aus Sydney: Aus Neu-Seeland ist die Nachricht vom Brande des Schiffes „Moa“, das sich auf der Fahrt von Wellington nach Port Wanganui befindet, eingetroffen. Das Schiff hatte eine Ladung Benzin und Petroleum an Bord. Das Feuer entstand augenscheinlich durch eine Explosion, durch die ein Mann ums Leben kam. Nach kurzer Zeit stand das Schiff vom Bug bis zum Heck in Flammen. Die Mannschaft konnte keine Boote flott machen, sie warf daher Holz und Rettungsgürtel ins Meer und sprang dann nach. Der Dampfer „Arapawa“ kam zu Hilfe, konnte aber wegen der großen Hitze nicht näher als bis auf 100 Meter herantommen. Die Lage war besonders gefährlich, da auch der Dampfer „Arapawa“ Benzin und Petroleum an Bord hatte. Mit den Rettungsbooten des Dampfers „Arapawa“ gelang es jedoch, die Mannschaft der „Moa“ zu retten, die bald darauf unterging.

Ueber tausend Menschen umgelommen. Nach dem Bericht des Gouverneurs kamen bei den Ueberflutungen im Staate Bahia über tausend Menschen um.

Allerlei Wissenswertes.

Vom Radium-Naußig.
Nicht mit Unrecht kann man diesen Ausdruck gebrauchen, wenn man täglich Berichte über die erstaunlichen und niegeahnten Erfolge liest, die auf diesem und jenem Gebiete durch Radium erzielt worden sein sollen. Mit dem Worte Radium verbinden sich bereits die abenteuerlichsten Dinge wie feststehende unerschütterliche Tatsachen. Die Latente Welt befindet sich gewissermaßen in einer Hypnose, die jedoch gefährlich werden kann. Vor allem auf dem Gebiet der Heilkunde wird viel gesündigt, und viele Leidende versprechen sich von den Einwirkungen der Radiumstrahlen volle Heilung, während doch noch nicht bewiesen ist, ob diese auch von Dauer sein wird. Auch viele Stadtparlamente haben bereits aus dieser Stimmung heraus große Summen zum Ankauf von Mesothorium bewilligt. In einem äußerst interessanten Aufsatz „Radium und Radiumstrahlen“ im Januarheft des Kosmoshandweisers (jährlich 12 Hefte und 5 Buchbeilagen für nur 4,80 Mk.) warnt nun Dr. A. Lanig vor alzu großem Optimismus gegenüber dem noch so wenig erprobten Mittel und macht auf die Gefahr aufmerksam, die in der Zerstörung der jetzt künstlich großgezogenen Hoffnungen der gesamten leidenden Menschheit liege. Er gibt dann eine Uebersicht über die Radiumforschung seit ihrer Entdeckung im Jahre 1898, wobei viele Bilder das Verständnis erleichtern. — In demselben Hefte berichtet der bekannte Forscher, Professor Dr. A. Reule über afrikanische Bilderschriften, die heute noch bei

vielen Völkern Afrikas die Lautschriften ersetzen müssen. Die meisten Zeichen beziehen sich auf Greifbares, man trifft jedoch auch vereinzelte Verjücker, abstrakte Begriffe wiederzugeben. — Ein wertvoller astronomischer Beitrag „Astronomie des Unsichtbaren“ stammt aus der Feder von Dr. Friz Kahn. Besonders Interesse erwecken wird auch ein Aufsatz von dem bekannten Arzte Dr. S. Decker über das Problem der Krebskrankheit und warum es so schwierig zu lösen sei. Dann wird in dem Hefte noch über Wege und Ziele im Sport, über Kormorane, die zum Fischfang abgerichtet werden, über Tote Krater und vieles andere naturwissenschaftlich Interessante berichtet, so daß jeder Leser hochbefriedigt sein wird über die Fülle belehrender und unterhaltender Lektüre, mit der der Kosmos seinen neuen Jahrgang vielversprechend beginnt.

Heiteres.

Verbotene Subdigung.
Ein katholischer Arbeiterverein im Fichtelgebirge wurde von sämtlichen Instanzen abgewiesen, als er die Gestattung ausnahmsweisen Bierphanes erbat, um eine Subdigungsfeier für König Ludwig III. abzuhalten. Der Verein verzichtete dann auf die Feier und künftig auf jede Teilnahme an patriotischen Festen.

Sie wollten den König feiern,
Wie das schon Sitte hier
Im guten Königreich Bayern:
Mit Bier.

Sie wandten an die Gemeinde,
In die Behörden sich;
Sie fanden überall Feinde:
„Mit Bier — nicht!“

Sie gingen an die Regierung,
Die Ministeria;
Gegentelegraphierung:
„Ohne Bier, ja.“

So waren sie gemeinert,
Da haben wuterpicht
Den König sie gefeiert
Ueberhaupt nicht.

Sie sagten, mit Recht empört, sich:
„Trodenes Hoch-Gewiehr“?
Zu jedem Hoch gehört sich
Frisches Bier!“

Ich muß gestehen, keinen Tadel
Hab' ich dafür.
P. T. Bürgerlichkeit und hoher Adel,
— Was sollt Ihr?

— W. De Nora in der „Jugend“.
Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: F. H. Schöwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Am Dienstag, dem 8. Februar, vormittags 1 Uhr, starb unerwartet nach kurzem, schwerem Leiden, im Eppendorfer Krankenhaus zu Hamburg, mein lieber Sohn, unser guter Bruder, Schwager und Onkel, der Maschinist

Heinrich Buschow

im 38. Lebensjahre. (804)
Dieses zeigen tiefbetrübt an
Frau S. Buschow Ww. geb. Weber.
Heinrich Sandt und Frau geb.
Buschow.

Friedrich Buschow.
Die Beerdigung findet am Montag, dem 9. Februar, nachm. 3 Uhr von der Leichenhalle des St. Lorenz-Kirchhofes aus statt.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme bei d. Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter sagen allen Verwandten u. Bekannten unsern besten Dank. (787)
Ludw. Frahm u. Tochter u. Sohn.

Danksagung.

Allen denen, die unserer lieben Tochter Erna die letzte Ehre erwiesen und ihren Sarg so reich mit Kränzen schmückten, sprechen wir auf diesem Wege unsern besten Dank aus. (789)
J. Karsten und Frau geb. Hecht nebst Kinder.
Aufestiftstraße 8, II.

2 Arbeiter

sofort gesucht zum Holzlagern für einige Tage. Stundenlohn 30 Pfg. (796)
Heckerstraße 52.

Gesucht zu sofort oder später ein Mädchen bei gutem Lohn. (781)
Ewertsdorf, Lohstr. 58.

Gangbude in d. Orgelstr., neu instand ges., preisw. zu verf. (771) Müb. Kl. Vogelstraße 4a.

Haus mit 4 Wohnung, a 3 Zimm. in der Glandorffstr. unter günst. Bedingungen zu verkaufen. Preis 15 800 Mk. Miete 1055 Mk. Angeb. unter R G 25 an die Exp. Freitag, Sonnabend und Sonntag stehen schöne Ferkel zum Verkauf. (779)
Krügers Gasthof, Schwartau

Zu verkaufen sämtliches Geschirr zum Stubbenroden. (774)
Neusefeld, Schwarzenstraße 15.

Ein gut erh. Hart. Fahrrad zu sofort billig zu verkaufen. (800)
Heiserstraße 15.

5 Kotte D.-Mastentrostume billig zu vermieten. (785)
Dröbenstraße 11 a. I.

Platt. Verren. Maschinen-Anz. bitt. zu verm. (786) Weichhofstr. 37, part.

Vorwärts Bibliothek
Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk

Erweck Ein Roman aus dem Profetierleben von A. Ger

Der Ausweg Eine Erzählung von Ernst Preczang

Das Land der Zukunft Reisetagebuch von Leo Kolisch Mit einer Einleitung von Paul Göhre

Verführtenes Volk von A. Grösch.

Der Prinzipienreifer Eine Erzählung aus dem Jahre 1848 von Wilhelm Blos

In den Tod getrieben Zwei Erzählungen v. Ernst Preczang

Der Pariser Garten und anderes. Von Minna Kaufsky

Mutter Ein Frauenschicksal von Joh. Fersch

Jeder Band gut gebunden 1 Mark
Die Vorwärts Bibliothek ist die geeignetste Unterhaltungslektüre für jede Arbeiterfamilie

Zu beziehen durch Friedr. Meyer & Co., Lübeck.

Käselager Huxstr. 83-85.
Billig! Großer Posten Billig!
Tilsiter Fettkäse das Pfd. 50 u. 60 g.
Limburger fette Ware, Pfd. 50 und 60 g. Auf die Breite (801)
5 Proz. Rabatt.

| Pfd.-Pfeile | Sorten | Preis |
|-----------------|-------------|--------------|
| 2 | Berlbohnen | 40 |
| 2 | Brechbohnen | 33, 30 |
| 2 | Wachbohnen | 40 |
| 1 | Erbisen | 30 u. 36 |
| 2 | Erbisen | 40, 48, 60 |
| 4 | Erbisen | 110 |
| 1 | Spargel | 55, 60, 65 |
| 2 | Spargel | 95, 105, 115 |
| 1 | Spinat | 35 |
| 1 | Spinat | 55 |
| 1 | Karotten | 22 |
| 2 | Karotten | 33 |
| 2 | Kohlrabi | 36 |
| 2 | Sellerie | 60 |
| 2 | Zwetschen | 60 |
| 2 | Apfelsinen | 70 |
| 2 | Mirabellen | 85 |
| 2 | Sauerkraut | 80 |
| 10 | Sauerkraut | 350 |
| 10 | Zwetschen | 275 |
| 10 | Apfelsinen | 300 |
| 10 Pfd. - Güter | Preiselbeer | 330 |

Eduard Speck, Huxstraße 80 82. 798

Große Koch- u. Tafeläpfel
Ladung
Kochäpfel 7 20, 3 7 80, 10 7 175
Blumentohl, Kopf 20, 25 und 30
Tomaten, 7 nur 35, fest 3. Kohlen
Kartoffeln, 100 und billiger.
Tgd. 20, 30, 40 - 60
Direkt Nachfolger Wunderlich,
Kühnhausen 16. 797

In unserem Verlage ist erschienen:

Heinrich Paternostermater
Ein dunkles Blatt aus der lübeckischen Geschichte des 14. Jahrhunderts.
Von Theodor Schwark. Preis 60 Pfg., geb. 1 Mk.
Jedem Freunde der älteren Geschichte Lübecks sehr zu empfehlen.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Plakate
ber.
Verordnung des Medizinalamts vom 11. Juli 1910 bezügl. Seilhalten von Nahrung- und Genussmitteln sind zum Preise von 30 Pfg. per Stück zu haben in der
Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.
Johannisstraße 46.

Freitag und
Sonnabend.

Billige Lebensmittel!

Freitag und
Sonnabend.

Frisches Fleisch

- Ia. kernfett. Rindfleisch Pfd. 75³/₄
- Bratenstücke . . . Pfd. 85³/₄
- Gulasch und Gehacktes . . . 85³/₄
- Rohfleisch . . . 1.00 M.
- Roastbeef mit Filet . . . 1.00 M.
- Beefsteak . . . 1.20 M.
- Ia. kernf. Schweinefleisch Pfd. 75³/₄
- Bratenstück- u. Schinken Pfd. 85³/₄
- Ia. Mastkalbfleisch . . . Pfd. 1.00 M.
- Keule u. Rücken . . . Pfd. 1.10 M.
- Ia. Hammelfleisch . . . Pfd. 90³/₄
- Keule u. Rücken . . . Pfd. 1.00 M.

Wurstwaren

- Zwiebelleberwurst . . . Pfd. 55³/₄
- Rotwurst . . . Pfd. 60 90³/₄
- Gekochte Mettwurst . . . Pfd. 85³/₄
- Landleberwurst . . . Pfd. 95³/₄
- Kalbseberwurst . . . Pfd. 1.35
- Predkopf . . . Pfd. 1.00
- Geräucherte Mettwurst . . . Pfd. 1.30
- Oldenburger Schinkenwurst Pfd. 1.40
- Rollschinken im ganzen . . . Pfd. 1.45
- Holst. Landschinken i. ganzen Pfd. 1.30
- Rauchfleisch . . . Pfd. 1.00 u. 90³/₄
- Delikateß-Kassler . . . Pfd. 1.00

Kolonialwaren

- Weizenmehl . . . Pfd. 23 19 17³/₄
- Kartoffelmehl . . . Pfd. 17³/₄
- Maismehl . . . Pfd. 24³/₄
- Reismehl . . . Pfd. 18 23³/₄
- Kartoffelgrauen . . . Pfd. 28³/₄
- Sago . . . Pfd. 28³/₄
- Graupensago . . . Pfd. 28³/₄
- Flockensago . . . Pfd. 45³/₄
- Gries, fein, mittel, grob Pfd. 25³/₄

Kunsthonig

- 10-Pfd.-Eimer und -Töpfe 2,75 M.
- 5-Pfd.-Eimer und Töpfe 1,65 M.

Bienenhonig

- ca. 1-Pfd.-Glas 85³/₄ 95³/₄ 1.10 M.
- ca. 2-Pfd.-Glas 1.30 M.

Butter

- ff. Molkereibutter . . . Pfd. 1.40 M.
- ff. Tafelbutter . . . Pfd. 1.35 M.
- Kochbutter . . . Pfd. 1.25 M.

Meine Spezialmarke

- Margarine Pfd. 75³/₄

- Gerösteter Kaffee
- Pfd. 1.00 1.20 1.30 1.40 1.50
- 1.60 1.80 2.00 M.

- Gebr. Gerste Pfd. 18³/₄

- Fritz-Reuter-Malzkaffee
- 1/1 Pfd.-Paket 28³/₄

- Karlsbader Kaffeegewürz
- Paket 48 24³/₄

- Webers Feigenkaffee
- Paket 48 24³/₄

- Kakao Pfd. 1.15 95 75³/₄

- Holländischer Kakao
- 1/1 Pfd.-Dose 1.90 M.
- 1/2 Pfd.-Dose 95³/₄

- Tee Marke 'Eisbär'
- 1/10 Paket 20 25 30 50³/₄
- 1/5 Paket 40 50 60³/₄ 1.00 M.

- engl. Tee, engl. Gewicht
- 1/1 Pfd.-Dose 4.25 1/2 Pfd.-Dose 2.35
- 1/4 Pfd.-Paket 1.18 M.

- Pflaumen . . . Pfd. 30 35 48 58³/₄
- Bündelbirnen . . . Pfd. 60³/₄
- Kaliforn. Birnen . . . Pfd. 60 70³/₄
- Brünellen . . . Pfd. 85³/₄
- Aprikosen . . . Pfd. 85 90³/₄
- Pfirsiche . . . Pfd. 50 60³/₄
- Backobst . . . Pfd. 50 60³/₄
- getrock. Kirschen . . . Pfd. 65³/₄
- getr. Bickbeeren . . . Pfd. 78³/₄
- getr. Fliederbeeren . . . Pfd. 80³/₄
- getr. Hagebutten . . . Pfd. 70³/₄

Käse.

- Tilsiter, Qualität Ia.
- in Stücken Pfd. 65³/₄
- in ganzen Broten . . . Pfd. 62³/₄

- Tilsiter, Qualität I.
- in Stücken Pfd. 58³/₄
- in ganzen Broten . . . Pfd. 55³/₄

- Tilsiter, Qualität II.
- in Stücken Pfd. 50³/₄
- in ganzen Broten . . . Pfd. 47³/₄

Seefische

- Pa. Ostseedorsch 35³/₄
- in allen Größen . . . Pfund
- Schellfisch . . . Pfd. 35³/₄
- Große Schollen . . . Pfd. 45³/₄
- Rotzungen . . . Pfd. 50³/₄
- Fisch-Karbonade . . . Pfd. 45³/₄
- Fisch-Filet . . . Pfd. 60³/₄
- Seelachs Pfd. 30³/₄, im ganz. Pfd. 25³/₄

Lebende Fische

- Lebende Brachsen Pfd. 75³/₄
- Lebende Hechte Pfd. 90³/₄
- Lebende Karpfen Pfd. 1.10

Jeden Freitag und Sonnabend
frische Blut- u. Leberwurst
Pfd. 70³/₄ 3 Stück 25³/₄

Jeden Dienstag und Freitag
Bratwurst Pfd. 85³/₄

Sonnabend nachm. von 4 Uhr an
Ia. Mockturtle Ragout 1.20

- Gepökelte Bauchrippen . . . Pfd. 65³/₄
- Pa. Gepökeltes Eisbein . . . Pfd. 65³/₄
- Pa. Schweineschmalz . . . Pfd. 80³/₄

Ia. starke Hasen gestreift. . . . 4.00 3.75 M.

Fisch-Konserven.

- Sardinen „Gourmand“ Dose 1/2.30 1/1.20 1/4.70³/₄
- Sardinen in Tomaten Dose 70³/₄
- Sardinen „Gerard“ Dose 55³/₄
- Sardinen „René“ Dose 48³/₄
- Sardinen „Imperial“ Portionsdose 32³/₄

- Bismarck- und Bratheringe Dose 45³/₄
- Delikateß-Heringe in verschied. Saucen 1/1 Dose 80³/₄
- Delikateß-Heringe in verschied. Saucen 1/2 Dose 48³/₄
- Filet-Heringe in Remouladensauce Dose 1.15 75 45³/₄
- Aal in Gelee Dose 85³/₄

- Räucherlachs in Scheiben Dose 2.00 1.25 95 65³/₄
- Mayonnaise in Gläsern 1.00 70 45³/₄
- Remouladensauce in Gläsern . . . 1.00 70 45³/₄
- Räucherlachs in Stücken Pfund 1.20
- Sprotten pro Kiste 45³/₄

1 Waggon Apfelsinen alles süße Früchte, 12 St. 60 58 45 30 25

Blutapfelsinen 12 Stück 80³/₄ 60³/₄ **Zitronen** 12 Stück 60³/₄ 50³/₄ 40³/₄

Rudolph Karstadt, Lübeck

Geschäfts- Uebernahme.

Dem geehrten Publikum von Rensefeld und Umgegend die ergebene Mitteilung, daß ich das bisherige (780)

Kohlen- und Fuhr-Geschäft

des Herrn Kolbow käuflich übernommen habe. Indem ich bitte, mein Unternehmen ferner gütigst unterstützen zu wollen, sichere ich reelle und prompte Bedienung zu.

Hochachtungsvoll

Rensefeld, Februar 1914. Heinrich Wehber.

GRATIS

erhält am Sonnabend, dem 7. Februar, und Sonntag, dem 8. Februar, jeder Kunde

1 hochfeine Porzellan-Kaffeetasse

beim Einkauf von

1 Pfund gerösteten Kaffee

in Bohnen oder gemahlen, gleichviel in welcher Preislage, oder beim Einkauf von Waren aller Art

im Betrage von 1.50 Mark an, ausgenommen Zucker und coffeinfreier Kaffee.

In gerösteten Kaffees empfehle ganz besonders meine Spezialmarken:

Plantagen-Melange sehr fein, kräftig u. aromatisch . . . per Pfund 160³/₄

ff. Campinas-Melange sehr gut und kräftig per Pfund 150³/₄

Tee und Kakao lose und in Paketen in allen Preislagen.

Hamburger Kaffee-Lager

Johannes Propp

Feraruß 2483. (791) Holstenstr. 10.

Konzerthaus Flora.

Am Sonntag, dem 8. Februar 1914:

Großer öffentlicher Maskenball und Gesindeball.

Maskenzug 7¹/₂ Uhr.

Anfang 4 Uhr. (791) Ende morgens.

Restbestand Inventur - Ausverkauf.

- Tassen Porzellan . . 15 10³/₄
- Tassen Porzellan, dekor. 20³/₄
- Obertassen Porzellan 10 6³/₄
- Große Untertassen Dtz. 42³/₄

- Kuchenkörbe durchbrochen 75³/₄
- Eierbecher mit Gold 10 Stück 50³/₄
- Terrine für 6 Personen 78³/₄
- Bierbecher stark, 3/10 8³/₄

- Emaillirte Eimer 28 cm 78³/₄
- Ein Posten Leuwagen . . 23 22³/₄
- Ein Posten Haarbesen . . . 95³/₄
- Ein Posten Kohlschaufeln 16³/₄

Große Posten **Schulhefte Nr. 5** statt 10 jetzt 5³/₄

RIESEN-BAZAR

Breite Str. 33.

Pietro Cagna.

Breite Str. 33.

Empfehle zum Sonntag:

- Pa. fettes Suppenfleisch 75 u. 80³/₄
- Schmorbraten 85 u. 90³/₄
- Gehacktes u. Gulasch . . . 90³/₄
- Hollischfleisch 1.00 Beefsteak 1.20
- Schweinefleisch 75³/₄
- Schweinebraten 80³/₄
- Karbonade 80³/₄
- fettes Kalbfleisch 80³/₄
- fette Kalbskeule 90³/₄ u. 1.00
- kleine Rauchstücke 1.00
- ger. Schweinebraten ohne Knochen 80³/₄
- Kohlwurst 70³/₄
- Geflügel u. Leberwurst . . . 90³/₄
- Sülze u. Braunschweiger 80³/₄
- Flomenichmalz 90³/₄
- Kalbsjerr 70³/₄
- ger. Mettwurst (Landrauch) 1.40
- 1 Partie ger. Wurst 1.00

ff. Ausschnitt von 1.20 M. an.

Herm. Atmer,
Schlachterei und Würstmacherei
mit electr. Betrieb. 793
8 obere Bahmstr. 8

Visitenarten ff. Elfenbeinfarben, 100 Stück von 1.00 Mk. an

Jr. Meyer & Co., Johannesstraße 46.

Sonnabend und Sonntag geben wir auf jedes (802) Pfund echt holst. **Eigelbpfanzenbutter** Marke H. B. vegt. Margarine Pfund 90 Pfg.

Auf Wunsch **Ia. 4 echt Halberstädter Würste**

- Ia. Ia. holst. Plockwurst 1.20 | Ia. Hildeshelmer 0.70
- " " Zervelatwurst 1.50 | " Braunschwg. Mettw. 1.00
- " " Leberwurst 1.30 90 | " Sardellenleberwurst 1.00
- " " Tilsiter Käse 50, 60, 70³/₄ | " Braunschwg. Blutw. 70.70

L. allerfeinste holstein. Meierei-Tafelbutter 1.45 M.
Ia. frische Landeier Stück 11³/₄

Spezialität **Holsteiner Fettwaren** Spezialität
Inhaber: G. E. Herm. Wiße. Geschäftsf. G. Heinr. Flörke.
Königstr. 48a. und Beckergrube 92.

Restaurant „Weisser Hirsch“

Krempelsdorfer Allee. 803
Am Sonntag, dem 8. Februar, **Großer Statabend.** Anfang 6 Uhr.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, 5. Februar.

206. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.
Am Bundesratsstische: Dr. Delbrück.
Die Beratung des

Etats des Reichsamts des Innern

wird bei der Frage des Vereinsrechts fortgesetzt.
Dr. Junck (M.): Wenn auch nur ein Teil der vorgebrachten Beschwerden über die Handhabung des Vereinsrechts richtig ist, so läßt die Handhabung die notwendige Ruhe und Würde vermissen. Aber zur Aufhebung des Sprachenparagrafen liegt kein Anlaß vor, ebensowenig zur Beseitigung des Jugendparagrafen. Daß Sozialdemokratie und Gewerkschaften eins ist, ist von hervorragenden Sozialdemokraten stets betont worden. Das Vereinsgesetz hat sich zwar noch nicht überall eingelebt, aber eine gewisse Besserung ist doch zu verzeichnen. Der Fall Amundsen bedeutet zweifellos einen Mißgriff. Bedauern würde ich, wenn wirklich ein Gericht den Satz aufgestellt hätte, das Vereinsgesetz erlaube zwar die Bildung von Vereinen, aber nicht die Freiheit der Betätigung dieser Vereine. Es wird wohl ein Mißverständnis des Abgeordneten Regien vorliegen. Wir wollen unsere Jugend von allem politischen Gift fernhalten. Die Maßregeln des Herrn v. Jagow gegen den Schuhmannsverein, der die Pflege königstreuer Gesinnung und kameradschaftlicher Geselligkeit anstrebt, und politisch und wirtschaftliche Betätigung zum Unterschied von dem Londoner Schuhmannsverein aufgibt, richtet sich gegen den Gedanken der Koalition selbst, und ist nach dem Reichsvereinsgesetz nicht zulässig. Eine schändliche und spitzfindige Auslegung des Gesetzes billigen wir keinesfalls. Wir hoffen aber, daß das Gesetz, das zweifellos besser ist, als der frühere Zustand, sich immer mehr einleben wird. (Bravo! b. d. Natl.)

Dr. Müller-Meinungen (M.): Wenn das Vereinsgesetz durch unsere nachgeordnete Behörden systematisch falsch ausgelegt wird, so müssen wir zu einer Änderung des Gesetzes kommen. Solcher Mißbrauch wird mit der Polizeistunde getrieben, mit der Auswahl der Zeitungen zur Bekannmachung von Versammlungen, und vor allem mit dem Disziplinärrecht. Einer Änderung der Bestimmungen über die Jugendlichen können wir nicht zustimmen. Wir wollen unsere Jugend nicht zu Versuchsanstalten für die verschiedensten politischen „Gifte“ machen. Die deutsche Turnerschaft ist kein politischer Verband. (Zuruf b. d. Soz.) Die Arbeiterturnvereine auch nicht! Auf das schärfste brandmarken wir es natürlich, wenn Jugendliche als Spitzel benutzt werden. In bezug auf die Beamtenvereinigungen muß das Reichsrecht über dem Disziplinärrecht stehen. Herr v. Jagow fürchtet nicht nur, die „die im Schatten leben“, (Stk. und Sehr gut! links), sondern jede Organisation. Dabei handelt es sich bei den bestraften Schutzleuten um sehr lokale königstreue Männer. Die Erklärung geschlossener Vereinsversammlungen zu öffentlichen ist ein fortgesetzter Mißbrauch des Vereinsgesetzes. (Sehr richtig! links.) Die Aufhebung des Sprachenparagrafen werden wir nicht erreichen, deshalb sollten wir eine authentische Interpretation durch Änderung des Gesetztextes geben. Ein Schulfall für die mißbräuchliche Anwendung dieses Paragrafen ist der Fall Amundsen, der Paragraf verbietet „Verhandlungen“ in öffentlichen Versammlungen in anderer als deutscher Sprache; ein Vortrag ohne jede Instruktion ist aber keine Verhandlung. (Sehr richtig! links.) Die Konsequenzen der entgegenstehenden Judikatur würden auch alle Theateraufführungen und Konzerte unter den Sprachenparagrafen stellen. Ein solcher Mißbrauch ist nicht nur ein Unrecht, sondern auch eine politische Torheit, damit stützt man nicht das Deutschtum, sondern stellt es bloß. Daß nicht das Vereinsgesetz an diesem Mißbrauch schuld ist, beweist der Umstand, daß aus ganz Süddeutschland keine Klagen kommen. Diese russische Verwaltungsmagazine muß vom deutschen und preussischen Boden verschwinden. (Bravo! b. d. Wpt.)

Delhor (E.): Auch kleinen Minoritäten sollte man den Gebrauch der Muttersprache nicht beschränken. Die Sprache ist keineswegs ein Symbol der politischen Gesinnung, eine polnische Rede des Fürsten Radziwill ist sicher loyaler und königstreuer, als eine im schönsten Deutsch gehaltene Rede eines Sozialdemokraten. Mit dem Sprachenparagrafen erzeugt man nur Groll und Erbitterung. Wir stimmen für seine Beseitigung, wie auch für die des § 17, denn wir wollen unsere Jugend der Politik zuführen. Politik muß nicht Parteigeiz sein, sondern ist vor allem Bürgerkunde.

Hansen (Dän): Ich bitte Sie, allen vorliegenden Anträgen zuzustimmen. Die Aufrechterhaltung des Sprachenparagrafen kann nur Haß und Erbitterung in den Grenzländern erzeugen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Bei uns wird sogar der Vortrag dänischer Kirchenlieder in Kirchenkonzerten verboten. Das anfängliche Verbot des Vortrages Amundsen hat der weiten Öffentlichkeit die Augen über die bei uns herrschende Verwaltungspraxis geöffnet. Alle Redner hier im Hause haben es zu unserer Genugtuung aufs schärfste gemißbilligt. Die Autorität der Behörden wird durch ein solches Vorgehen nicht bestärkt, das Ansehen Deutschlands im Ausland kann dadurch nur geschädigt werden. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Landenberg (SD): Ich gebe Herrn Junck ohne weiteres zu, daß z. B. für Necklenburg das Reichsvereinsgesetz Fortschritte gegen den früheren Zustand gebracht hat. Aber das Reichsvereinsgesetz hat doch zwei Flecken, die so schwarz sind, daß die Fortschritte viel glänzender sein müßten, um die Flecken auszugleichen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Das frühere preussische Gesetz war zweifellos besser als das Reichsvereinsgesetz. Gewiß legte es Vereinen, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigten, die Verpflichtung auf, das Verzeichnis ihrer Mitglieder der Polizeibehörde zu überreichen. Das war gewiß eine Belästigung für die Vereine, aber eine noch viel größere für die Polizei. So wurde der Fabrikarbeiterverband in Hannover eines Tages für einen öffentlichen Verein erklärt. Der Vorstand reichte darauf ein Verzeichnis der Namen seiner Mitglieder bei der zuständigen Polizeidirektion ein. Es standen darauf über 100 000 Namen. Sie können sich denken, was für verzweifelte Gestalten die Polizeibeamten in Hannover machten. (Stk.) Also von dieser Bestimmung hätte die Polizei zweifellos bald ebenso wenig Gebrauch gemacht, wie man das in England gegenüber nicht brauchbaren Gesetzen tut. Ferner war im preussischen Gesetz ein schwerer Mangel die völlige politische Entziehung der Frau. Aber da bei der wachsenden politischen Betätigung der Frauen alle Parteien ein Interesse an der Beseitigung dieser Bestimmung hatten, hätte sie sich doch nicht mehr lange halten können. Demgegenüber stehen nun im Reichsvereinsgesetz die beiden bedenklichen Bestimmungen des Sprachen-

paragrafen und des Jugendlichen-Paragrafen. Ich nehme von Ihnen allen an, daß Sie Ihre Muttersprache lieb haben. Aber wer das hat, muß sich auch vergebewärtigen können, wie einem anderen zumute ist, dem der Gebrauch seiner Muttersprache an irgend einer Stelle verboten ist. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Bei allen Brutaltäten, die deutschen Minoritäten gegenüber im Auslande verübt werden, beruft man sich auf diesen Sprachenparagrafen. Wir angeblich antinationalen Sozialdemokraten stehen auf dem Standpunkt: Jeder muß seine Muttersprache lieben, aber er muß die Muttersprache jedes anderen achten. Deshalb werden wir nicht ruhen, bis der Sprachenparagraf, der die Muttersprache von nationalen Minderheiten nicht achtet, fällt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Dieser Paragraf ist nicht etwa, wie Herr v. Witt meinte, aus nationalen Erwägungen hervorgegangen, sondern er ist in das Gesetz gekommen auf Betreiben der westfälischen Großindustriellen, die damit erreichen wollten, daß man an die unglücklichen, fremdländischen, schlechtbezahlten und kein Wort Deutsch verstehenden Arbeiter, die Sie, die nationalen Männer, im Interesse größeren Profits nach Deutschland hineinschleppen, nicht mit der Aufklärung herantäme, damit sie nicht höhere Lohnforderungen stellen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wären die deutschen Arbeiter sämtlich wirtschaftsfriedlich, Gelbe, sie könnten sich in alle Ewigkeit in ihren Versammlungen unterhalten, in welcher Sprache sie wollten. Herr Junck meinte, es wäre politisch bedenklich, den Sprachenparagrafen jetzt zu beseitigen. Ich bin überzeugt, daß seine staatsmännischen Fähigkeiten die meinigen ganz erheblich überschreiten, aber ich bin doch froh darüber, daß ich kein Staatsmann bin, wenn das wirklich Staatskunst ist. (Sehr gut! bei den Soz.) Für mich ist die beste Staatskunst, gerecht zu sein. (Sehr wahr! bei den Soz.) Herr Martin meinte, die Aufrechterhaltung des Sprachenparagrafen sei notwendig, weil die Polen sich vor Gericht verstellten, als ob sie nicht deutsch verständen. Ich weiß nicht ob er irgend eine fremde Sprache spricht. Aber er mag sie noch so sehr beherrschen, wenn er als Zeuge oder gar als Angeklagter vor Gericht stände, würde er doch den größten Wert darauf legen, in seiner Muttersprache reden zu dürfen. Das wird keine Verstellung, sondern ein sehr begreiflicher Wunsch sein. Und wenn wirklich die Verstoßtheit der Polen die Wirkung des Sprachenparagrafen wäre, dann wäre dies der beste Beweis, daß der Paragraf nichts taugt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Dann zu den Jugendlichen. Ich teile den Standpunkt Regiens, wir wollen die Jugend nicht politisieren. Nun meinte gestern der Regierungsvertreter, das sei ganz der Standpunkt der Regierung, man meinte ihm ordentlich die Freude darüber an, einen Genügnungsgenossen auf der äußersten Linken zu finden. (Seiterkeit.) Aber es besteht doch zwischen uns und der Regierung ein kleiner Unterschied. (Seiterkeit.) Ich habe vor einigen Jahren eine sehr gute Auslassung über diese Frage gelesen. Da hieß es, es sei nicht angebracht, daß die Jugend allzu früh mit Politik beschäftigt werde, aber noch weniger mit Strafbestimmungen, die trotzdem politisierende Jugend zu verfolgen. Das Verbot des Versammlungsbesuchs und des Anschlusses an Vereine sei ganz nutzlos, denn es gäbe noch viele andere Möglichkeiten, die Jugend politisch zu beeinflussen, und solche Bestimmungen führten nur zu höchst lästigen Eingriffen in das Familienleben. Diese höchst verständige Auslassung hat gestanden in der Begründung zum Entwurf des Reichsvereinsgesetzes. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Regierung hat auf diesem Gebiete gründlich umgelernt. Das Eingreifen, das ihr 1907 so lästig erschien, wird heute kräftig geübt. Junge Leute, die politische Versammlungen besuchen, sind gefesselt auf die Polizei gebracht, mit Polizeihunden verfolgt, als Angeklagte vor Gericht gebracht worden. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ich bin überzeugt, solche jungen Leute werden den Haß gegen diejenigen ihr Leben lang nicht los werden, die sie in dieser Weise drangalieren. Unsere freien Jugendorganisationen wollen die Jugend nicht politisieren. Sie wollen das Wissen der jungen Menschen vermehren. Das haben diese ehemaligen Volksschüler wirklich nötig, von deren Wissen das Goetheische Wort gilt: „Was man nicht weiß, das eben braucht man, und was man weiß, kann man nicht brauchen.“ (Sehr gut bei den Soz.) Wir wollen die jungen Leute fernhalten von der Straße, vom Besuch der Kneiptheater, von der Kneipe. Wir wollen die Kunst in ihr Leben hineinleuchten lassen, wir wollen ihnen die Kenntnis der Werke unserer unsterblichen Dichter und Denker vermitteln. Die freien Jugendorganisationen wollen, daß die jungen Leute, wenn sie herangewachsen sind, lachend durch das Leben ziehen, sie wollen ihnen freiheitliche Gesinnung bringen und proletarische Weltanschauung, die darin besteht, daß der Einzelne sich bewußt wird, daß er nur im Anschluß an seine Klassengenossen eine Macht bedeutet. (Zust. bei den Soz.) Die Judikatur über das Reichsvereinsgesetz rechtfertigt alle von uns früher ausgesprochenen Befürchtungen. Das schlimmste sind die Entscheidungen über das Verhältnis des Landespolizeirechts zum Reichsvereinsgesetz. Die Väter des Vereinsgesetzes waren der Meinung, daß eine Ueberwachungsbesugnis der öffentlichen Versammlungen in Zukunft nicht mehr möglich ist. Das sächsische Obergerichtsgericht steht auf anderem Boden. Die preussischen Polizeibehörden meinen, es gibt noch immer ein Präventivverbot, und das Obergerichtsgericht gibt ihnen recht. Es nimmt ferner an, daß eine Auskunftsfrist der Vorstände politischer Vereine besteht, obwohl die Väter des Gesetzes das Gegenteil wollten. Die Väter des Gesetzes meinten, die Auflösung von Versammlungen aus anderen als den im Gesetz angegebenen Gründen sei verboten. Das Obergerichtsgericht tut, als ob das Vereinsgesetz gar nicht existiert. Die meisten Beschwerden aber werden doch durch die Polizeibehörden veranlaßt, die das Gesetz von Jahr zu Jahr stärker mißhandeln. Die falschen Gerichtsentscheidungen wären ja nicht möglich, wenn die Gerichte nicht gegen die Polizeibehörden angerufen werden müßten. Wie verträglich sich das mit der Verprechung des Reichskanzlers, daß das Gesetz loyal gehandhabt werden sollte. Die Saalabtreiber blüht nach wie vor. Die Polizeibehörden kümmern sich nicht im mindesten um die Verprechungen, die Herr v. Bethmann-Hollweg 1908 gemacht hat. Sportvereine und die Gewerkschaften werden für politisch erklärt, und Herr Dr. Junck und Müller-Meinungen billigen das noch. Haben denn die Gewerkschaften seit 1908 ihren Charakter geändert? Damals erklärte doch Herr v. Bethmann-Hollweg, sie sollen nicht unter die Beschränkungen politischer Vereine fallen. Im Jahre 1850 erklärte man in Preußen nur solche Vereine für politisch, die den Herd politischer Agitation bilden, 60 Jahre später gibt man jeden Verein wehrlos der Polizei preis. Die sozialdemokratische Politik wird nicht in Sportvereinen und Gewerkschaften gemacht, die Gewerkschaft oder der Sportverein, der in unsere politischen Organisationen hineinreden wollte, würde sein blaues Wunder erleben. Das empörendste

an der Sache ist das zweierlei Maß. Antisemitische Turnvereine, Kriegervereine, dürfen Politik treiben, soviel sie wollen. Auch den Jungdeutscheslandbund läßt man frei schalten, der sich in viel höherem Maße politisch betätigt als die Arbeiterportvereine. (Sehr wahr! bei den Soz.) Empörend ist auch das Herausuchen der Gerichtsentscheidungen. Das Obergerichtsgericht z. B. spricht aus, daß der Sprachenparagraf für wissenschaftliche Vorträge nicht gelte. Das Schöffengericht in Schwyk sagt das Gegenteil, für die Polizeibehörde gilt nur das Schöffengericht in Schwyk. Wenn aber das Obergerichtsgericht sagt, unter Umständen sind auch Vereinsversammlungen meldepflichtig, so ist nun plötzlich wieder das Obergerichtsgericht maßgebend. Und von was für politischen Fanatikern wird die Polizeimacht gehandhabt. Ein sächsischer Amtsvorsteher glaubte einem Bericht, das sich mit Vergehen gegen das Vereinsgesetz beschäftigte, vorschreiben zu können, den einen Angeklagten solle es hart, den anderen milde anfasseln. Der Mann hat den Befähigungsnachweis zum Polizeipräsidenten von Berlin erbracht. (Sehr gut! bei den Soz.) Statt Dienerin der Staatsbürger zu sein, verfolgt die Polizeibehörde die Bestimmungen, die sie für schlimmer hält als strafbare Handlungen. Sie ist von tiefstem Mißtrauen gegen die Bevölkerung besetzt; dies Gefühl entspringt dem Gefühl der eigenen Ungleichheit, es geht aus dem Bewußtsein hervor: wir regieren so miserabel, daß die Menschen sich ja zumutem müssen, um uns zu beseitigen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Alle Erfahrungen mit dem Kulturkampf, mit der Polenbekämpfung nützen da nichts. Wir verlangen Schutz gegen diese politischen Schifanen, und die Regierung antwortet, wir können den Schutz nicht geben. Ist die Regierung so schwach, dann hätte Herr v. Bethmann-Hollweg das Verprechen liberaler Handhabung des Gesetzes nicht geben dürfen. (Lebhaftes Sehr richtig!) Aber die Regierung ist gar nicht so einflusslos. Zunächst findet sie hier eine Mehrheit, um das Gesetz liberaler auszugestalten. Dazu sind ja unsere Anträge gestellt. Noch einen anderen Weg hat die Regierung. Der Reichskanzler hat doch gute Beziehungen zum preussischen Ministerpräsidenten. Er kann ihn erziehen, unter die jugendlichen Polizeibehörden, die seine Verheißungen so mißachten, mit einem quos ego zu fahren. Das feste Zugreifen, das er im Elsaß verprochen hat, ist in Preußen notwendiger. Der Reichskanzler muß dem Ministerpräsidenten sagen: Ich verbitte mir auf das entschiedenste, daß durch die Praktiken der preussischen Behörden der Ansicht erweckt wird, als ob ich das Wohl unseres Deutschen Reichstages für das Vereinsgesetz erschließen habe. (Lebhaftes Zust. bei den Soz.) Freilich sind die Jagows sehr mächtig. Aber wenn der Reichskanzler würde über den Versuch, seinen Verprechungen Geltung zu verschaffen, so würde das a. D. hinter seiner Amtsbezeichnung ein in höchstem Maße schmückendes Beiwort sein. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Gröber (Zr.): Die Freude des Abg. Müller-Meinungen über das Reichsvereinsgesetz scheint mir doch gemischter Natur. Sonst hätte er nicht so blutige Tränen darüber weinen können. (Stk. und Sehr gut! im Zr.) Aber das Ansehen, das der Sprachenparagraf geschaffen, hören wir ja die beweglichsten und leider berechtigtesten Klagen. Durch die Entscheidungen der Gerichte ist eine allgemeine Rechtsunsicherheit entstanden, so daß die Änderung des Gesetzes notwendig ist. Den Beamten hat Herr v. Bethmann-Hollweg im Jahre 1908 das Vereins- und Versammlungsrecht ausdrücklich zugesichert; damit vertritt sich das Verbot des Vereins der Berliner Schutzleute nicht. (Zust. im Zr.) Die Bestimmungen über die Jugendlichen sind eine Verschlechterung des früheren Zustandes. Wohin der Sprachenparagraf führt, zeigt die Behandlung Amundsen, mit der wir sicher keine Lorbeeren geerntet haben. (Zust. im Zr. und b. d. Soz.) Gewiß „jowelt die deutsche Zunge klingt“, soll alles deutsch sein. Aber in den Grenzländern klingt eine fremde Zunge, und den mit Gewalt zu Deutschen gemachten darf man nicht das Naturrecht auf den Gebrauch der Muttersprache nehmen. Ohne den Germanisierungszwang wären wir mit der Germanisierung viel weiter. (Lebh. Zust. im Zr. u. b. d. Soz.)

Ministerialdirektor Lewald: Herr Landberg hat den großen Fortschritt übersehen, der in der Vereinheitlichung des Vereinsrechts liegt. Bestreiten muß ich, daß die unteren preussischen Verwaltungsbehörden auf das Gesetz pfeifen, es also bewußt mißachten: Fehler kommen in einem so großen Staatswesen natürlich vor, aber der Minister des Innern hält streng auf die Einhaltung des Gesetzes. (Lachen b. d. Soz.) Der Jungdeutscheslandbund treibt keine Politik. (Lebh. Widerpr. b. d. Soz.) Es ist nicht Politik treiben, wenn man die jungen Leute zu nationaler Gesinnung erzieht. (Bravo! rechts. Lachen b. d. Soz.) Die Arbeitergewerkschaften sind politisch, hat man doch in den politischen Versammlungen des 4. Berliner Reichstagswahlkreises scharf getadelt, daß der Parteigeist in diesen Gewerkschaften nicht genügend gepflegt wird. (Hört, hört! rechts.) In bezug auf die Berliner Schutzleute bleibe ich dabei, daß ihnen als militärisch organisierter Mannschaft nicht daselbe Vereins- und Versammlungsrecht zuerkannt werden kann, wie anderen Beamten. (Bravo! rechts.)

Tranpajuski (Pole): Der Reichskanzler hat sich für die loyale Ausführung des Reichsvereinsgesetzes verpflichtet, daher müßte sein Ehrgefühl ihm verbieten, noch länger im Amt zu bleiben, wenn er die Niederträchtigkeit der Beamten in den polnischen Provinzen nicht hindern kann. (Lebh. Zust. b. d. Polen. Vizepräsident Dr. Pasche ruft den Redner zur Ordnung.) In politischen Prozessen läßt auch das Reichsgericht jede Objektivität vermissen. Deshalb verlangen wir eine einheitliche höchste Instanz für Urteile auf dem Gebiet des Vereinsrechts. (Beifall b. d. Polen.)

Meding (Welfe) wünscht ebenfalls eine Novelle zum Reichsvereinsgesetz.

Fürst v. Radziwill (Pole): An ihren Früchten sollt Ihr sie erkennen! Den haarsträubenden Zuständen, zu denen der Sprachenparagraf geführt hat, muß endlich ein Ende gemacht werden.

Staatssekretär Dr. Delbrück stellt einer Bemerkung des Abg. v. Tranpajuski gegenüber fest, daß er mit den Ausführungen des Geh. Rats Lewald übereinstimme. (Zuruf b. d. Soz.: Davan haben wir nie gewußt.)

Dr. Müller-Meinungen (M.): Wenn wir das Gesetz 1908 nicht gemacht hätten, wäre in Preußen gegen die Polen ein viel schärferes Gesetz gemacht worden. Warum hat das Zentrum früher nicht ein besseres Gesetz gemacht, als es inf. Jett sah. Freilich Herr Gröber wäre dazu nicht imstande, von ihm stammt ja das allerärmlichste, das Diätengesetz. (Gr. Stk.)

Gröber (Zr.): Das Diätengesetz ist eine große Wohltat für die Minderbemittelten und Herr Müller-Meinungen macht davon alle Monate den angenehmsten Gebrauch. (Schallende Stk.)

Damit schließt die Debatte. Der Titel „Staatssekretär“ wird bemängelt.
Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr. (Aurige Anfragen und Abstimmung über die Resolutionen.)
Schluß: 6 1/2 Uhr.

Aus dem Gerichtssaal.

Der Überfall auf den Gelbbriefträger Hoffmann, den im Dezember 1912 der Kellner Kott mit zwei Komplizen in Berlin verübte, führte Mittwoch zu einem zweiten gerichtlichen Nachspiel, das mit der Verurteilung Kotts zu vier Jahren Zuchthaus endete. Als der Angeklagte den auf sechs Jahre Zuchthaus gehenden Antrag des Staatsanwalts vernahm, verlor er eine dramatische Szene. Er warf dem Staatsanwalt Frechheit vor, ließ sich zu Boden gleiten und rief fortgesetzt: „Mutter hilf mir!“ Während der Verhandlung im Beratungszimmer wollte, versuchte Kott eine Anrede an das Publikum zu halten, wurde aber von den Gerichtsdiensten daran gehindert.

Den Verstand eines 12jährigen Knaben — und doch verurteilt! Vor dem Kriegsgericht in Düsseldorf hatte sich dieser Tage ein Musikfieber aus Köln-Kalk wegen wiederholter Fahnenflucht zu verantworten. In der Verhandlung ergab sich, daß der Geschädigte ein äußerst schwachmütiger Mensch ist; er gab an, keine Lust zum Dienen gehabt zu haben und lieber „auf Werdshagen sitzen“ zu wollen. Der medizinische Sachverständige, der ihn auf seinen Geisteszustand hin untersucht hatte, gab dem auch sein Gutachten dahin ab, daß er den Angeklagten als einen in hohem Grade beschränkten Menschen bezeichnete, der nur den Verstand eines 12jährigen Knaben habe. Aber trotz dieser Tatsachen beantragte der Anklagevertreter doch 13 Monate Gefängnis unter der Begründung, daß der Angeklagte auch bei seiner offenbar vorhandenen geistigen Minderwertigkeit noch die Strafbareit seines Handelns habe erkennen müssen. Das Gericht ging zwar nicht so weit, warf aber immer noch acht Monate Gefängnis und Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstandes aus. Um jedoch dieses Urteil ganz zu illustrieren, wurde beschloffen, gegen den Verurteilten das Verfahren auf Dienstentlassung wegen Unbrauchbarkeit einzuleiten! Wie konnte man den Mann überhaupt zum Soldaten machen?

Aus Nah und Fern.

Der schwarze Vizepräsident als Wildschütz. Am Dienstag wurde im bayerischen Landtag an die Mitglieder des Geschäftsordnungsausschusses folgende Einladung verteilt, die — nach ihrem heiklen Inhalt — bald zu den größten Raritäten der bayerischen Parlamentsgeschichte gehören dürfte. Die Urkunde lautet:

Kammer der Abgeordneten.
I. (Geschäfts-Ordnungs-Ausschuß).
Sitzung.
Donnerstag, den 5. Februar 1914,
nachmittags 4 Uhr
Zimmer Nr. 76.
Tagesordnung:
Einleitung der Strafverfolgung gegen den Abgeordneten Frank-Weiden wegen Uebertretung jagdpolizeilicher Vorschriften.
Kaum aber war dieser Zettel in den Händen der Mitglieder des Ausschusses, da kam schon ein Kammerbote und sammelte die Einladung sorgfältig wieder ein. Die Sitzung war abgesetzt. Da sie jedoch veranlaßt worden war durch die Anzeige eines Gendarmen, der den Vizepräsidenten der Bayerischen Abgeordnetenkammer erkappt hatte, wie er trotz der Schonzeit einen Hirsch zur Strecke brachte, so drängen sich so schwierige Rechtsprobleme auf, wie sie schließlich nur der Generallstaatsanwalt Verno zur allge-

meinen Zufriedenheit lösen könnte. Ist nun der Hirsch wieder lebendig geworden? Oder ist durch einen geheim gehaltenen Beschluß der Zentrumsfraktion für deren jagende Mitglieder die Schonzeit verlängert worden? Oder hat ein anderer auf den Namen Franks den Jagdsirenen begangen? Welterhin ist zu erforschen, auf wessen Veranlassung denn die eben organisierte Einladung an den Geschäftsordnungsausschuß widerrufen worden ist. Und schließlich darf man sich wohl nach dem Schicksal des Gendarmen und des Amtsanwalts erkundigen, die so unvorsichtig waren, sich an das bayerische Jagdgesetz zu erinnern, wenn ein Gewaltiger der regierenden Partei sich herabläßt, zu einer Zeit, wenn es ihm gutdünkt, einen Hirsch zu erlegen.

Die Sturmfreie Bade. Jugend muß austoben! scheint das Prinzip des dem sonst so sittenreinen Zentrum angehörenden Stadtrats Bräutigam aus München zu sein. Beflagter Herr richtete an einen budesuchenden Studenten den folgenden Brief:

Gw. Wohlgeborenen! Ich offeriere Ihnen ein schön möbliertes Zimmer mit eigenem Eingang bei gebildeter Familie, dem Hausbesitzer selbst, zum Preise von 13 Mk. monatlich. Vollkommen ungestört. Sie können im Zimmer auch bezüglich aller Besuche bei Tag und Nacht tun, was Ihnen beliebt. Von morgens 6 bis abends 9 sind Sie fast ausschließlich allein in unserer Wohnung des ersten Stocks, da wir uns während dieser Zeit parterre beim Geschäft aufhalten. Reinlichster, aufmerksamster Bedienung dürfen Sie sich versichert sein. Ein jüdischer Mediziner, der zwei Jahre bei uns wohnte, ließ sich von mir des Nachts, wenn er angeheitert nach Hause kam, häufig ausziehen oder des Morgens, wenn ich zur Ueberbringung seines Kaffees und seiner Schuhe ins Zimmer kam, im Uebermut die Strümpfe anziehen.

Ein reizendes christliches Familienidyll! Wenn das Geld in den Kassen springt, schwinden selbst bei einem Zentrumsstadtrat alle morelinischen sittlichen Bedenken.

Genossenschaftsbewegung.

Kapitalistische Preistreiber und Konsumgenossenschaftliche Abwehr. Der Kampf um möglichst hohe Warenpreise im Handel, dessen Opfer bisher stets die Verbraucher zu tragen hatten, ist in seinen alten Formen durch die konsumgenossenschaftlichen Organisationen wenigstens an manchen wichtigen Stellen zum Stillstand gekommen. Ganz so leicht wie ehemals ist es dem Zwischenhandel nicht mehr gemacht, die Warenpreise nach Gutdünken und Gelegenheit in die Höhe zu treiben. Dafür treten in der Volkswirtschaft Erscheinungen auf, die das im großen zu machen beabsichtigen, was der Zwischenhandel im kleinen trieb; Preistreiber, dieses Mal herbeigeführt durch Kartelle und Syndikate. Das Herrschaftsgebiet dieser kapitalistischen Organisationen erstreckt sich von der Erzeugung bis zum Verbrauch vieler Lebensgüter. Der Verbraucher leidet alle Formen der Preistreibererei gleich wenig. Er wird sich demnach der neuen Preistreibererei ebenso erwehren, wie er den übermäßigen Zwischenhandelsgewinn bekämpft. Seine Waffe ist in diesem Kampfe die genossenschaftliche Organisation. Daß der Verbraucher oft und leicht in die Lage kommt, mit Hilfe seiner Organisation der ungebändigten Profitgier entgegenzutreten, zeigen einige Vorkommnisse der allerletzten Zeit. In der Schweiz haben die in einem Syndikat zusammengeschlossenen Schokoladenfabrikanten beschlossen, Preisbedingungen für Schokolade vorzunehmen und die Bezugsbedingungen zu verschlechtern, und zwar mit Wirkung vom 1. Januar 1914. Dagegen wenden sich die Kleinhändler. Der Verband schweizerischer Konsumvereine hatte bisher keinen Anlaß, sich an der Abwehr der Forderungen des Syndikats zu beteiligen, da er es für ausge-

schlossen hält, daß das Syndikat der Schokoladenfabrikanten ernstlich auf den beantragten Forderungen beharren würde. Am 8. Januar 1914 hat nun der Schokoladensyndikat die berechtigten Forderungen des Verbandes schweizerischer Konsumvereine abgelehnt. Dem Schokoladensyndikat in der Schweiz gehören alle Schokoladenfabriken, mit Ausnahme von vier Firmen, an. Die Organisation der Schweizer Konsumvereine wird nicht das erste Mal Gelegenheit zum Beweise haben, daß rückwärtslose Preistreibererei ihre natürliche Grenze in einer starken Organisation der Konsumenten findet. Die Schuhfabrikanten und die Mühlenbesitzer der Schweiz könnten den Schokoladenfabrikanten eigentlich recht sachdienliche Mitteilungen über den Ausgang von Kämpfen machen, in denen es sich gleichfalls um die Abwehr unberechtigter Ansprüche privater Kapitalisten handelte. Ähnliche Dinge spielen sich augenblicklich in Dänemark ab. Dort erregt der Zementkrieg großes Aufsehen in der Öffentlichkeit. Die Zementindustrie des Nordens wird von Ringen beherrscht. Einer erstreckt seinen Wirkungsbereich über Dänemark, ein weiterer über Norwegen, ein dritter über Schweden, und der vierte hat Norddeutschland unter seine Botmäßigkeit gebracht. Alle vier Ringe arbeiten Hand in Hand und sehen gemeinsam alljährlich willkürliche Preise fest. Die bisher erzielten Erfolge steigerten naturgemäß den Machtdünkel der Monopolisten und reizten sie zu dem Versuche, sich auch die Genossenschaften tributpflichtig zu machen. Mit ihnen sollten sie jedoch nicht so leichtes Spiel haben wie mit der Privatindustrie. Die dänische Großeinkaufsgesellschaft, welche einen Jahresumsatz in Zement von 70 000 bis 80 000 Tonnen hat, trat der Frage der Errichtung einer genossenschaftlichen Zementfabrik näher und kam so in die Lage, als Vertreterin von der Allmacht des Ringes zu wirken. Der Ring griff im Jahre 1911 zu dem verhängnisvollen Mittel, der Großeinkaufsgesellschaft auf den Zement einen Aufschlag von 56 Pfg. pro Tonne zu machen, zu dem ausgesprochenen Zweck, sich einen Kampffonds für den Fall zu schaffen, daß die Genossenschaften mit ihm in Konkurrenz treten würden. Offenbar glaubte er sich dabei gesichert durch einen eben erst mit der Großeinkaufsgesellschaft abgeschlossenen, auf fünf Jahre lautenden Kontrakt. In seiner Kurzsichtigkeit steigerte der Ring den Zementpreis für die Großeinkaufsgesellschaft im Jahre 1912 abermals um 67 1/2 Pfg. pro Tonne. Damit war das Signal zum offenen Kampfe gegeben. Die Genossenschaften antworteten mit dem Bau einer eigenen Zementfabrik in Lindholm bei Nørresundby am Limfjord. Schon zu Neujahr 1914 lieferte der Ring den besten Beweis für die Berechtigung des genossenschaftlichen Vorgehens, indem er unerbittlich den Preis für Zement allgemein von 7,31 Mk. auf 5,06 Mk. pro Tonne oder um fast 31 Proz. herabsetzte. Damit ist der Kampf eröffnet. Nach sachverständigem Gutachten kann der Zement noch für weniger als 4,50 Mk. pro Tonne geliefert werden, und die Genossenschaftsfabrik kann bei einem Preise von etwa 4,30 Mk. pro Tonne bestehen. Auch hier liegen die Dinge bei dem Kampfe mit dem Kohlenring. Auch hier unerträglich Preistreibererei des marktbeherrschenden Ringes und als Antwort eine kräftige Gegenwehr der Kohlenkonsumenten. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, anzunehmen, an Deutschland würde die Auseinandersetzung zwischen großkapitalistischen Preistreibern und organisierten Konsumenten vorübergehen. Auch Deutschland liefert einen vortrefflichen Anschauungsunterricht über die gegenseitigen Bestrebungen und Aufgaben von genossenschaftlicher und privatkapitalistischer Wirtschaft: Sie sozial — hie antijozial! Soll der Kampf von den Konsumenten bestanden werden, so kann die Mahnung nicht dringender genug ergehen: Schafft euch starke Konsumentenorganisationen!

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: F. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Zum Waschen u. Reinmachen besonders zum Einweichen empfiehlt sich das millionenfach erprobte
Waschmittel Salamba
Stand nur 25 Pfg. (4)

Ad. Häbner, Uhrmacher
Fünfkirchen 13.
Reparaturen prompt u. preiswert.

Achtung! Achtung!
Billig! Billig!
Empfehle zum Sonntag prima junges, kernfestes, dieses

Rindfleisch
a Pfd. 75 Pfg.
Pa. Bratenfleisch ohne Knochen 90 Pfg.
Pa. Bratenfleisch mit Knochen 90 Pfg.
Pa. Rumpsteak 100 Pfg.
Pa. Rindfleisch 100 Pfg.
Pa. Rindfleisch 120 Pfg.
Pa. Rindfleisch 140 Pfg.
Pa. Rindfleisch 160 Pfg.
Pa. Rindfleisch 180 Pfg.
Pa. Rindfleisch 200 Pfg.
Pa. Rindfleisch 220 Pfg.
Pa. Rindfleisch 240 Pfg.
Pa. Rindfleisch 260 Pfg.
Pa. Rindfleisch 280 Pfg.
Pa. Rindfleisch 300 Pfg.
Pa. Rindfleisch 320 Pfg.
Pa. Rindfleisch 340 Pfg.
Pa. Rindfleisch 360 Pfg.
Pa. Rindfleisch 380 Pfg.
Pa. Rindfleisch 400 Pfg.

Otto Stöver
Schneiderei und Schuhfabrik
mit elektrischem Betrieb.
Bahnhofstraße 22,
Fam. 2155.

Sonntagabend in der Markthalle
Stand 13, 14 und 15:
Pa. Rindfleisch 70 Pfg.
Pa. Rindfleisch 75 Pfg.
Pa. Rindfleisch 80 Pfg.
Pa. Rindfleisch 85 Pfg.
Pa. Rindfleisch 90 Pfg.
Pa. Rindfleisch 95 Pfg.
Pa. Rindfleisch 100 Pfg.
Pa. Rindfleisch 105 Pfg.
Pa. Rindfleisch 110 Pfg.
Pa. Rindfleisch 115 Pfg.
Pa. Rindfleisch 120 Pfg.
Pa. Rindfleisch 125 Pfg.
Pa. Rindfleisch 130 Pfg.
Pa. Rindfleisch 135 Pfg.
Pa. Rindfleisch 140 Pfg.
Pa. Rindfleisch 145 Pfg.
Pa. Rindfleisch 150 Pfg.
Pa. Rindfleisch 155 Pfg.
Pa. Rindfleisch 160 Pfg.
Pa. Rindfleisch 165 Pfg.
Pa. Rindfleisch 170 Pfg.
Pa. Rindfleisch 175 Pfg.
Pa. Rindfleisch 180 Pfg.
Pa. Rindfleisch 185 Pfg.
Pa. Rindfleisch 190 Pfg.
Pa. Rindfleisch 195 Pfg.
Pa. Rindfleisch 200 Pfg.

Nur
„Qualitäts-Zigarren“
erhalten Sie in der
Spezial-Zigarren-Abteilung
Ernst Voß,
Große Burgstraße 59.
790) Empfehle besonders

„Felix Brasil“
in 5, 6, 7, 8 u. 10-3-Preislagen.
Bitte beachten Sie mein Schaufenster.

Pa. Schweinefl. Bratenst. 75 Pfg.
Pa. frische Hacken 90 Pfg.
Pa. dicke Flomen 70 Pfg.
Pa. kl. Rauchstücke 90 Pfg.
Pa. ger. Hacken Pfd. 100 Pfg.
Pa. ger. Schweinebacken ohne Knochen Pfd. 80 Pfg.
Pa. geräuch. fetter Speck h. Kon. n. 4 Pfd. Pfd. 80 Pfg.
Pa. geräuch. mag. Speck h. Kon. n. 4 Pfd. Pfd. 85 Pfg.
Pa. weißes Schmalz h. Kon. n. 2 Pfd. Pfd. 75 Pfg.
Karl Lahrz, Böttcherstr. 14 16
vormals M. Lahrz. (782)

Die Krüppelgarderoben
von
Bahr & Umlandt
— Breite Straße 31 —
sind anerkannt preisw. u. haltbar.
Anstrichmaschinen 1.40 bis 3.50
Wollmaschinen 2.50 bis 5.50
Kleidermaschinen 2.90 bis 7.50
Gra. Garderoben 4.00 bis 9.50
Schloßerarbeiten 2.80 bis 5.00
Klepp- u. Bandmaschinen in allen Qualitäten.
Trotz der billigen Preise
mit Substanzen.

Uhren, Uhren, Uhren
(neu und getragen) sind
sicher und billig zu haben
in Lübeck's kleinstem
Laden nur
Marktwiese 2
bei der Post. (8)

Betten, Bettfedern
u. a. **Betten-Mittel**
kaufen Sie billig und reiß bei
Markt Otto Albers Kohlmarkt
4. Otto Albers 10.
1. B. kompl. Betten v. 12.50 Mk. an.
Federn per Pfd. v. 45 Pfg. b. 4 Mk.
2) Rote Lubeca-Marken.

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdruckerei des Ldb. Volksboten.
Johannisstraße 46.

Arbeiter-Radfahrer-Bund
Solidarität
Ortsgruppe Fackenburg
und Umgegend.

Kappenfest
am Sonntag, 8. Febr. 1914
in Paulus Gesellschaftshaus.
Anfang 6 Uhr. Ende morgens.
Eintritt 60 Pfg.
Alle umliegenden Ortsgruppen sind
freundschaftlich eingeladen.
Der Vorstand. (777)

Zentralverb. prolet. Freidenker
Mitglieder-Versammlung
am Sonntag, d. 8. Februar
im Lokale des Herrn Paetau,
in Fackenburg.
Tages-Ordnung:
Innere Verbandsangelegenheiten.
Der Vorstand. (772)

Süfkes Gasthaus
Rensefeld.
Am Sonntag, d. 8. Februar:
Ball des Sparvereins.
Hierzu ladet freundlichst ein
S. Süfke. (784)

Sozialdemokratischer Verein
Schwartau-Rensefeld.
Sonntag, den 8. ds. Mts.,
abends 8 1/2 Uhr

Extra-Mitglieder-
Versammlung
im Lokale des Herrn Hilbrecht
Gasthof Transvaal, Schwartau.
Der Vorstand. (778)

Sozialdemokratischer Verein
Moising.

Mitglieder-Versammlung
am Sonnabend, dem 7. Februar
abends 8 1/2 Uhr
im Lokale des Herrn Siewers
Kaffeekhaus.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Kartzeiter.
3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Vorstand. (776)

Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter
Sonntag, 8. Januar 1914
nachmittags 3 1/2 Uhr:

Versammlung
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Vortrag über innere Betriebsangelegenheiten.
3. Mitteilung des Vorstandes.
4. Verschiedenes.
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen der Mitglieder notwendig.
Der Vorstand. (776)

Neues Stadttheater
Freitag, den 6. Februar 1914:
121. V. i. Wolf-Alb. 20. V. i. Freitag-Alb.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
Die Zauberflöte.
Oper von W. A. Mozart.
Große Preise.
Sonnabend, den 7. Februar 1914:
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende nach 10 Uhr.
122. V. i. Wolf-Alb. 11. V. i. Sonn.-Alb.

Der fliegende Holländer.
Große Oper von Rich. Wagner.
Große Preise.
Sonntag, den 8. Februar 1914:
Nachm. 3 Uhr:
Vollst. Vorstellung.

Der Wildschütz.
Kom. Oper von H. Loßing.
Jeder Platz 75 Pfg.
Verlosung der Plätze Freitag und
Sonnabend von 8-9 Uhr an der
Theaterkasse. (773)
Auf. 7 1/2 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.
123. V. i. Wolf-Alb. Mittelpreise.
Die spanische Fliege.
Schwan in 3 Akte v. Arnold u. Bach.